

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Israel – Palästina:
„Euer Friede
ist unser Friede“**

3



**Eindrucksvolle
kurdische
Demonstration
für Demokratie
und Frieden**

7



**Die unendliche Ge-
schichte des Straf-
verfahrens gegen
einen Augsburger
Antimilitaristen**

12



**Stress und
Ausgebranntsein**

15



Nach PISA

18

Bilder von oben nach unten: Israelische Panzer hinterlassen in einem Flüchtlingslager eine Schneise der Verwüstung; Übergriffe junger Siedler; palästinensisches Selbstmordattentat in Israel; israelischer Soldat, der den Dienst in den besetzten Gebieten verweigerte.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 . Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

SICHERUNGSVERWAHRUNG. Jetzt haben auch die Fraktionen von SPD und Grünen einen Gesetzentwurf zur nachträglichen Sicherungsverwahrung von Straftätern eingebracht (wir berichteten in der vorigen Ausgabe über die Bundesratsinitiative der baden-württembergischen Regierung). Darin heißt es, „ergibt sich nach Teilverbüßung der verhängten Strafe, dass von einem Verurteilten erhebliche Straftaten zu erwarten sind, durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden, so kann die Strafvollstreckungskammer die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung anordnen, wenn das erkennende Gericht einen entsprechenden Vorbehalt geschaffen hat“. Zwar sprechen die Koalitionsfraktionen von „seltenen Ausnahmefällen“, so dass auch keine „erheblichen Mehrkosten für die Länder“ entstünden. Aber populistische Aussprüche wie von Schröder über Sexualstraftäter („wegschließen – und zwar für immer“), lassen eine weitere Verschärfung des Strafvollzugs befürchten.

ENTSCHÄDIGUNG. Zur Antwort der Bundesregierung auf Entschädigungsforderungen jüdischer Gemeinden in der Slowakei erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Die rot-grüne Bundesregierung ist nicht bereit, jüdische Gemeinden in der Slowakei für Verluste im Zusammenhang mit dem Holocaust zu entschädigen. 70.000 slowakische Juden wurden 1942 gewaltsam verschleppt und in den Vernichtungslagern der Nazis umgebracht. „Zur Deckung der mit der Aussiedlung der Juden aus der Slowakei verbundenen Kosten“, so die damalige zynische Begründung, mussten die jüdischen Gemeinden zusätzlich 200 Millionen slowakische Kronen – umgerechnet 17 Millionen Reichsmark – abliefern. Dafür und auch für alle anderen Schäden des Holocaust haben die jüdischen Gemeinden in der Slowakei niemals auch nur einen Pfennig Entschädigung von deutscher Seite erhalten. Der Ost-West-Konflikt blockierte jede Lösung. Auch die Entschädigungsregelungen im Rahmen des seit 2000 geltenden Zwangsarbeitergesetzes sind so, dass die jüdischen Gemeinden – trotz Verhandlungen mit deutschen Stellen während dieser Zeit – keinen Anspruch haben. Nur private Personen können nach dem Gesetz Ansprüche auf Entschädigung erheben. Vermögensverluste werden nur erstattet, wenn dafür deutsche Firmen mitverantwortlich sind. Beides trifft auf die jüdischen Gemeinden der Slowakei nicht zu. Sie sind Religionsgemeinschaften, also juristische Personen, und die Deportationsgebühren wurden von staatlichen Stellen verhängt. Auch die anderen Entschädigungsgrundsätze treffen für die jüdischen Gemeinden der Slowakei nicht zu. Rückerstattung gibt es nur noch für einzelne Vermögensteile wie Kunstwerke, die in der Nazi-Zeit ins Gebiet der heu-

tigen Bundesrepublik gelangt sind. Und das Bundesentschädigungsgesetz gilt nur bei Schäden, die in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 entstanden sind. Trotzdem will Finanzminister Eichel den jüdischen Gemeinden keinen Pfennig zahlen. Noch nicht einmal zur symbolischen Zahlung, zum Beispiel als Hilfe beim Wiederaufbau jüdischer Synagogen, ist die Regierung bereit. Ich appelliere dringend an die Regierung, diese Arroganz der Macht zu korrigieren. Einen Schlussstrich unter die Verbrechen der Nazi-Zeit darf es nicht geben.

SOZIALE MENSCHENRECHTE. Für ein Individualbeschwerdeverfahren beim Sozialpakt macht sich die PDS-Fraktion in einem Antrag (14/8502) stark. Zur Erläuterung heißt es, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 trat 1976 in Kraft und ist seit dem Völkerrechtliche Grundlage für den Schutz elementarer Menschenrechte. Dieser habe jedoch nicht die Verbindlichkeit des so genannten Zivilpaktes erreicht. Die Fraktion führt das darauf zurück, dass es dem Pakt an effektiven Durchsetzungskriterien mangle. Im Weiteren verlangt sie von der Bundesregierung, die von ihr noch nicht ratifizierten völkerrechtlichen Instrumente zum Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu ratifizieren. Dazu gehören aus Sicht der Abgeordneten insbesondere die UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sowie die revidierte europäische Sozialcharta. Überdies soll die Regierung ihren Willen zur Stärkung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte durch entsprechende finanzielle Unterstützung untermauern. Die PDS schlägt vor, die für das Amt des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte bereitgestellten Mittel dafür zu verdoppeln. (heute im Bundestag)

MAZEDONIEN UND AFGHANISTAN. Am 27. März findet die Abstimmung über eine weitere Fortsetzung des Mazedonienensatzes der Bundeswehr statt. Die dafür nötigen 13,4 Millionen Euro sollen durch Haushaltsumschichtungen im Wehretat aufgebracht werden. Am 2. April reisen weitere Polizeioffiziere nach Kabul, um dort den Aufbau der afghanischen Polizei zu betreiben. Fünf waren bereits dort, sieben weitere folgen jetzt. Das teilte das Innenministerium mit, die Beamten hätten sich ausführlich vorbereitet „auf die besonderen Bedingungen der Aufgabenwahrnehmung in Afghanistan – wie die besondere Sicherheitslage des Landes und die ethnischen und sozialen Verhältnisse“. Weiter erwähnt das Ministerium, dass seit 1989 polizeiliche Auslandsmissionen stattfinden. BGS-Beamte waren und sind unter dem Mandat der UN bereits in Namibia, Kambodscha, der Westsahara und auf dem Balkan tätig.

Der blutige Bürgerkrieg zwischen Israel und den Palästinensern dauert an. Der israelische ND-Korrespondent Hans Lebrecht kritisierte in einem Artikel vom 17. März die Verantwortung Scharons für die anhaltende militärische Eskalation: „Während der vergangenen Wochen war es wiederum zügellose militärische Gewalt, einschließlich des Einsatzes Hunderter von schweren Panzern, von Raketen feuernden Apache-Kampfhubschraubern und F-16-Kampfflugzeugen sowie schauerlicher und unmenschlicher Gräueltaten an Einwohnern von Flüchtlingslagern und deren Heimstätten. Szenen von zusammengetriebenen Männern und Jugendlichen, deren gefesselte Abschleppung nach israelischen Haftlagern, ja sogar Einprägung von Nummern auf die Unterarme der Verhafteten, die Zerstörung von Tausenden von Häuserwänden und verwüsteten Wohnungen und noch vieles mehr erschütterten Zuschauer von Fernsehreportagen in allen Teilen der Welt. Allein in diesem Monat März, der noch nicht zu Ende ist, mussten bereits mehr als 200 Palästinenser und 62 Israelis den Scharon-Wahnwitz mit ihrem Leben bezahlen.“ (Quelle: www.friedensratschlag.de)

Systematisch wurden Zentren der palästinensischen Selbstverwaltung angegriffen und zerstört. Zwar hat Israel den Hausarrest Arafats gelockert, aber es gibt keinen Ort außerhalb Ramallahs, wo er hingehen könnte; sein Hauptquartier in Gaza ist ebenso zerstört wie die Büros in Jenin, Nablus, Rafah oder Khan Yunis.

Das israelische Besatzungsregime und die militärische Gewalt beeinträchtigt das Alltagsleben der Palästinenser auf unerträgliche Weise. In den Autonomiegebieten ist das Wirtschaftsleben zusammengebrochen. Bereits im August 2001 beliefen sich die wirtschaftlichen Verluste auf 90% des Bruttoinlandsprodukts. Sieben von zehn Haushalten sind ohne Arbeitseinkommen, über 50% leben unterhalb der Armutsgrenze.

Aber auch die israelische Gesellschaft zahlt einen hohen Preis für die Politik Scharons. Die Welle der Selbstmordattentate zerstört die Normalität, kein öffentlicher Platz, keine Straße, kein Café ist mehr sicher. Noch immer sind deutlich mehr Palästinenser Opfer von Gewalt, aber der Anteil von Israelis ist seit Beginn der Intifada gestiegen. Auch die Wirtschaft Israels leidet unter dem Bürgerkrieg. Lag das Wirtschaftswachstum 2000 bei 4,7%, so wird 2002 mit einem Rückgang auf 1% gerechnet. Die Auslandsinvestitionen gingen in den ersten neun Monaten 2001 um 70% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Der Tourismus brach ein, zahlreiche Hotels machen Bankrott. Die Arbeitslosigkeit stieg von 6,7 auf ca. 10%. Die Ansätze arabisch-israelischer Wirtschaftskooperation sind gekappt. Auch in Israel nimmt die Armut enorm zu; die Kriegskosten verschlingen die öffentlichen Haushalte, Sozialausgaben werden drastisch redu-



ziert. Ein Ende der Abwärtsspirale ist nicht in Sicht. Verschiedene Konsulate in Israel berichten über eine starke Zunahme der Anfragen nach Auswanderungsmöglichkeiten. Die Deutsche Botschaft in Israel berichtet von einem „dramatische(n) Anstieg von Anträgen auf deutsche Staatsbürgerschaft. Es handelt sich um Tausende, darunter junge Leute und ganze Familien.“ (haGalil onLine, 22.3.)

„Die Besatzung tötet uns alle“

Der blutige Zermürbungskrieg erschöpft seine inneren Ressourcen. Scharon hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sein politisches Ziel die Vertreibung der Palästinenser nach Jordanien oder in die Wüste und die Eroberung „Groß-Israels“ ist. Die politische Rechte diskutiert offen über die Vertreibung und mobilisiert für die Eskalation des Krieges. Am 9. März kamen rund 60 000 zu einer Massenkundgebung zusammen, hauptsächlich Siedler aus den besetzten Gebieten. Diese Kräfte des Krieges können der israelischen Gesellschaft keine Perspektive weisen. Aber die Gefahr, dass sie die Region in einen noch blutigeren Konflikt stürzen, darf nicht unterschätzt werden.

Doch nicht nur die allgemeine Krise, die wachsende Unzufriedenheit, die überall präsente Angst und die Tatsache, dass der Frieden weiter entfernt ist denn je, lassen den breiten Rückhalt zerbröckeln, auf den sich Scharon in den ersten Monaten stützen konnte. Erstmals seit vielen Monaten entwickelt sich eine Kritikbewegung an der israelischen Kriegsführung. Das israelische Friedenslager formiert sich und hat eine Kampagne unter den Losungen „Raus aus den besetzten Gebieten – zurück zu uns selbst“ (d.h. Israel in den Grenzen von vor 1967) und „Die Besatzung tötet uns alle“ aufgenommen. Am 16. März zogen Tausende in einem Sternmarsch in Jerusalem zu einer Kundgebung vor der Residenz von Scharon, Großkundgebungen fanden auch in Tel Aviv und Haifa statt. Die Frauenkoalition für Frieden führt regelmäßig Aktionen auf Straßenkreuzungen durch. Im Anschluss an eine Demonstration Anfang März zogen mehr als 100 Teilnehmer

der israelisch-arabischen, in Israel und in den palästinensischen Gebieten aktiven Ta'ajusch-Solidaritätsgruppe (Ta'ajusch heißt Zusammenleben) in Autobussen zu einem im besetzten Ostteil Jerusalems gelegenen palästinensischen Krankenhaus und spendeten Blut für die Opfer des israelischen Terrors in den Flüchtlingslagern Balata und Nur a-Schams. Menschenrechtsorganisationen werden wieder aktiv, neue entstehen: „Ärzte für Menschenrechte“, „Rabbiner für Menschenrechte“, „Komitees gegen die Zerstörung von Häusern“ und viele andere.

Die Erschütterung der Gesellschaft, in der das Militär allgemein große Unterstützung genießt, kommt am deutlichsten in der wachsenden Kritik am Militär aus den Reihen von Soldaten, Reservisten und Wehrpflichtigen selbst zum Ausdruck und in der zunehmenden Verweigerung des Militärdienstes in den besetzten Gebieten. Die Erklärung „Mut zur Verweigerung“, die wir in den PB 5 abdruckten, haben inzwischen über 350 Soldaten unterzeichnet. Der Chef des Generalstabs Mofaz drohte allen Unterzeichnern, man werde sie vor ein Militärgericht stellen, sollten sie weiterhin den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern; mehrere wurden inhaftiert. Zwei Unterzeichner einer Petition, die Gymnasiasten an die Regierung und den Generalstabschef richteten, in der sie die aggressive und rassistische Politik der Regierung kritisierten und erklärten, sie seien nicht bereit, an der Unterdrückung des palästinensischen Volkes mitzuwirken, wurden ebenfalls in Militärhaft genommen.

Doch die Kritik am Militär und seinen eklatanten Menschenrechtsverletzungen wächst. Kürzlich fand in Tel Aviv eine Veranstaltung zum Thema „Wie stehst du zu Den Haag?“ statt, die von einem ehemaligen Kampfpiloten und Kriegsheld, dem Arzt Shohat, initiiert war und die sich auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs bezog. Dieses hatte 1956 Verantwortliche für das Massaker in Kfar Kassem verurteilt und die Verweigerung gesetzwidriger Befehle legalisiert. Von der Veranstaltung erging der Aufruf, alle Befehle zu verweigern, die „unter der

schwarzen Fahne der Illegalität“ erteilt würden. Die willentliche Tötung von Zivilisten sei ein Kriegsverbrechen, sagte Shohat, und rief die Soldaten auf, den Dienst in den besetzten Gebieten zu verweigern, die Piloten, keine Angriffe auf Städte zu fliegen, die Fahrer Bulldozer, keine Häuser mehr zu zerstören.

Vor einem Jahr schon hatte der damalige Verkehrsminister Sneh vor der Gefahr weiterer Eskalation gewarnt und erklärt: „Scharon wird ohne mich vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag erscheinen müssen.“ Jetzt warnte die Gusch-Schalom-Friedensgruppe den Oberkommandierenden der Besatzertruppen im Westjordanland sowie zwei kommandierende Offiziere der Invasionstruppen in den Flüchtlingslager Balata und Nur a-Schams: Sie könnten gewiss sein, in der näheren oder weiterliegenden Zukunft sich vor einem israelischen oder einem internationalen Gerichtshof für Kriegsverbrechen verantworten zu müssen, u.a. für die Taten, die unter ihrem Kommando in diesen beiden Flüchtlingslagern verübt worden waren.

„Es gibt keine kluge Besetzung“

Auch in Palästina gibt es Kräfte, die einen offenen und direkten Dialog wünschen und die ihn von unten zu organisieren versuchen. Dass der Wunsch nach friedlichem Zusammenleben in den palästinensischen Massen nicht zerstört,

sondern trotz Demütigung, Terror und Verzweiflung und Hass mächtig ist, bringt der Bericht eines palästinensischen Journalisten zum Ausdruck, der Ramallah nach dreitägiger Besetzung durch die israelische Armee filmte und viele schreckliche Zerstörungen dokumentierte. Er stieß dabei auf eine Szene inmitten einer willkürlich verwüsteten Wohnung, die er so beschrieb: „In der Küche sah ich, wie sich eine Menge Frauen und Männer um eine Journalistin scharten, die ich als die bekannte israelische Journalistin Amira Hass erkannte. Sie sprachen leidenschaftlich auf die Frau ein. Am Ton ihrer Stimmen erkannte ich, dass für diese Menschen Amira nicht nur eine Journalistin war – sie war eine Botin. Sie sprachen und sprachen, und ich filmte natürlich. Und eins wird auf diesen Bildern klar zum Ausdruck kommen: wie sehr diese Leute von den Israelis gehört werden wollen. Sie ließen die Journalistin für Stunden nicht mehr los. Wer immer in die Küche kam, war zuerst schockiert, hier eine Israeli zu finden, und begann dann seinen eigenen Monolog.

Diese Begegnung zwischen Palästinensern und Israelis rührte mich, besonders zu diesem Zeitpunkt an einem solchen Ort. Sie straft die ganze Ideologie von Segregation und Separation Lügen. Dieser wenn auch minimale Dialog zeigt, dass der Dialog möglich und nötig ist. Beide Völker müssen des anderen

Schmerz und Angst anerkennen.

„Es gibt keine kluge Besetzung“, hörte ich den Apotheker Afif sagen. „Besetzung kann mächtig und brutal sein, aber niemals klug. Du, Amira, musst deinen Leuten sagen, besonders jenen, die für Scharon auf die Straße gehen: Euer Frieden ist auch unser Frieden.“ (Subhi al-Zobaidi, Quelle: http://www.woz.ch/WoZHomepage/12j02/palaest_a12j02.htm)

Die Resolution, mit der der UN-Sicherheitsrat sich am 12.3., wenn auch ziemlich vage, für „zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen“ aussprach, und die Mission des US-Gesandten Zinni haben zu neuen Hoffnungen auf Waffenstillstand und Verhandlungen über die Lösung des Konflikts geführt. Die israelische Friedensgruppe Gusch Schalom warnt allerdings davor, dass es sich um reine Manöver handelt, die in eine neue blutige Gewaltspirale münden könnten. Tatsächlich scheint es unvorstellbar, dass Zinnis Mission, die darauf zielt, den Konflikt zu befrieden, damit die arabischen Staaten den USA freie Hand beim Angriff auf den Irak lassen, dass eine solche Kriegermission Frieden bringen kann. Das demütigende Gezerre um Arafats Reise zum Gipfel der Arabischen Liga, das bei Redaktionsschluss noch nicht beendet war, lässt eine Änderung der israelischen Politik nicht erkennen. *sec*

Bürgerkrieg im Nahen Osten

Der Krieg, der vom Staat Israel in Palästina und von den Palästinenserorganisationen in Israel geführt wird, wird als Krieg zwischen einem etablierten Staat und einem entstehenden Staat nicht angemessen verstanden. In einem Krieg zwischen Staaten wäre es ja das nächste zu fordern, beide Seiten sollten sich auf das jeweilige Territorium zurückziehen und sich voneinander abgrenzen. Aber hier? Die Schließung der Grenzen ist selbst schon ein repressiver Akt. Die wirtschaftlichen, politischen und letztlich auch die kulturellen Beziehungen beider Parteien sind so miteinander verwoben, dass der Krieg, den sie miteinander führen, nicht in einem Sieg der einen Partei über die andere münden kann. So zeigen die sogenannten Selbstmordanschläge, dass die militärisch unterlegene Partei nicht aufgeben kann. Wird ihre Lage verzweifelt, kann sie sich nicht zurückziehen, sondern muss zu verzweifelter Mitteln greifen. Genauso kann die militärisch überlegene Seite mit ihrer Überlegenheit letztlich nichts anfangen. Ihre Siege münden nicht in irgendeinem Frieden, sondern in Besatzungsstatuten, deren Durchsetzung die militärischen Kräfte immer weiter anspannt und die zivilen Kräfte der Gesellschaft schwächt.

Die Propaganda der westlichen Welt

wird durch das Bild einer Kette wechselseitiger Gewalttaten bestimmt. Der Boden, auf dem die verzweifelte Kriegführung wächst, wird aber durch das dauernd Unrecht und Ausmaß der Besetzung bereitet. Würde sich die Chance eines friedlichen, zivilen Überlebens politisch abzeichnen, würde die verzweifelte Kriegführung erlahmen. Es ist der Staat Israel, der es in der Hand hat, die öffentliche Sicherheit von Palästinensern und Israelis dadurch zu fördern, dass er von dem Besatzungskrieg Abstand nimmt, oder dadurch zu gefährden, dass er das Regime von Besatzung und Besiedelung weiter treibt.

Der Krieg, der das gesellschaftliche Leben für beide Parteien verdirbt, kann nicht durch Grenzziehung beendet werden. Trotzdem wird jedes Abkommen jeder der beiden Seiten einen eigenen Staat zubilligen müssen. Davor darf man die Augen aber nicht schließen: Es wird sich um Staatsgebilde handeln, die von vorneherein aufeinander bezogen entstanden sind und die nur aufeinander bezogen bestehen können. Ihre Beziehungen aufeinander werden nur zum Teil durch das Völkerrecht geregelt werden. Darüber hinaus werden eine Vielzahl von Gesetzen und Abkommen erforderlich sein, die das umfassende zivile gesellschaftliche Neben- und Miteinander der beiden Parteien betreffen.

Die Schärfe und lange Dauer des Bürgerkrieges, die sein Ende durch materiel-

le und moralische Erschöpfung der kriegführenden Parteien hinauszögert, liegt in der Einmischung auswärtiger Kräfte, die politisch-moralischen und materiellen Rückhalt bieten. So dem Staat Israel die Westmächte, namentlich die USA, und so ist auch die Rolle verschiedener Staaten der arabisch-muslimischen Welt in dieser langen Geschichte oft mehr als nur problematisch gewesen.

Der mitbürgerliche, nachbarschaftliche Frieden zwischen den Parteilagern des Bürgerkrieges kann, um es noch einmal ganz deutlich zu sagen, nicht durch Ziele, Programme, Gesetze, Militärstrategien erreicht werden, die auf eine Abgrenzung der beiden Parteien zielen. Gefragt ist die Perspektive eines kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Neben- und Miteinanders, eines palästinensischen und eines israelischen Staates, die sich bewusst sind, dass ihre politische Souveränität davon abhängt, dass sie ihre Beziehungen durch Verträge und Gesetze regeln, die beide Seiten binden und von beiden Seiten anerkannt werden können.

Tut sich eine solche Perspektive nicht auf, wird die Situation des Bürgerkrieges bestehen bleiben. Im klassischen Krieg gibt ein verzweifelter Gegner seine Ansprüche auf, um ins zivile Leben zu fliehen. Im Bürgerkrieg greift ein unterliegender Gegner zu verzweifelter Mitteln, weil die siegreiche Übermacht ihn nicht leben lässt. *maf*

Mehr Lohn!

Die Lohnbewegungen dieses Jahres fallen aus dem Rahmen. Gewöhnlich argumentieren die Gewerkschaften mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage und den Erwartungen. Diesmal aber liefert ein Rückblick auf die vergangenen Jahre, in denen man sich hat übervorteilen lassen, das tragende Argument. Allerdings gehen wohl beide Seiten davon aus, dass die Weltkonjunktur in den kommenden Mo-

sozialpolitischen Aktionen der rot-grünen Regierung haben, die das Vertrauen sehr vieler Lohnabhängiger in die Ausgleichsfunktion des Staates anfressen. Muss die IG Metall rechnen, dass eine geschäftlich gewissenhaft geführte Lohnbewegung Stoff für eine Mobilisierung der Rechten bietet, also Stoiber die Wählerinnen und Wähler zutreibt?

Diese Gefahr besteht, der unvergessliche Demagoge Franz-Josef Strauß erschreckte seinerzeit die Menschen bis in die Dörfer mit der Metapher „Statt stille Nacht, heilige Nacht heißt es wilde Nacht, streikende Nacht“. Kann es Stoi-



naten anzieht und sich das in der BRD als einem Exportland besonders stark auswirkt.

So lockt und droht z.B. der bayerische Verhandlungsführer der Kapitaleseite, Heinz Greiffenberger: „Zu hohe Forderungen provozieren höhere Arbeitslosigkeit. Dank niedriger Zinsen ist Kapital heute billig. Wenn die Lohnerhöhungen zu hoch ausfallen, verstärkt sich der Druck. Maschinen statt Personal einzusetzen. Wir konkurrieren nicht mit Niedriglohnländern, sondern mit anderen hoch entwickelten Industriestaaten.“ Und darin liegt wohl die Chance der IG Metall. Wenn die Nachfrage weltweit anzieht, müssen die Unternehmen rasch reagieren, d.h. sie müssen auf der Grundlage der bestehenden Technik mehr Arbeitskraft einkaufen. Maschinen statt Personal einsetzen – das sagt sich so leicht, aber das dauert seine Zeit. Die IG Metall handelt also angemessen, wenn sie jetzt versucht, die Tarife heraufzuziehen. Sie handelt auch nach gängigen geschäftlichen Grundsätzen legitim, denn die Kapitaleseite hat seinerzeit die einsetzende Rezession ausgenutzt, um die Tarife zu drücken. Da sie genommen haben, was sie kriegen konnten, müssen sie jetzt damit rechnen, dass sich die Geschäftspartnern zurückholen, was die Lage bietet.

Die Lohnbewegung findet ihm Wahljahr statt. Der Rückgriff der Gewerkschaften auf den Kampf um die Primärverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital dürfte einen weiteren Grund in den

ber so bringen? Nicht so richtig, und zwar wegen der Lage der Staatsfinanzen. Nachdem es die BRD-stämmigen Parteien in Jahrzehnten dahin gebracht haben, dass die Steuer ganz weitgehend über die Einkommensteuer und die Konsumsteuer aufkommt, hängen die Staatseinnahmen sehr weitgehend von der Höhe der Löhne und Gehälter ab. Da eine Erhöhung besonders der niedrigeren Einkommen direkt großteils in den Konsum geht, wäre der Effekt für die Entlastung der Staatsfinanzen da besonders stark. Ebenso würde sich die Situation der Versicherungen verbessern, wenn das Einkommen der Pflichtversicherten anwuchs.

Es gibt noch einen dritten Punkt, über den die Betroffenen nicht gerne reden, weil es peinlich ist. Es geht um die Vermögensbildung durch Aktien, die im letzten Jahrzehnt gut ausgebildete Angestellte zum Träumen brachte. Es müssen Millionen Menschen sein, die da um mehrere Zehntausend abgekocht wurden und sich auf ihre Funktion als Lohnabhängige zurückgeworfen sehen. Dies mag eine stillschweigende Sympathie oder wenigstens Toleranz für die „antiquierten“ Methoden der Gewerkschaftsbewegung hervorrufen, genauso wie die Einbrüche auf dem Hochtechnologiesektor gesuchte Spezialisten zum Spielball der Konjunktur machten.

So ist vielleicht auch die Situation günstig, die unterschiedliche arbeitsrechtliche Stellung von Arbeitern und Angestellten anzugreifen. *maf*

Dokumentiert

PDS stimmt Zuwanderungsgesetz im Bundesrat zu

Dazu erklären die Vorsitzende der PDS, Gabi Zimmer, und Fraktionschef Roland Claus u.a.: „Das heute verabschiedete Gesetz ist in entscheidenden Punkten schlecht. Dies hat am 1. März zum mehrheitlichen Nein der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag geführt.“

Sowohl in Berlin als auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo die PDS mitregiert, hat unsere Partei die SPD in den vergangenen Wochen zu konkreten, mess- und rechenbaren Verbesserungen in Fragen der landeszuständigen Zuwanderungs- und Asylpolitik veranlassen können. Dies und die Tatsache, dass das jetzige Gesetz besser als gar keine Regelung sind, begründeten die Zustimmung im Bundesrat.

Zudem war die öffentliche Debatte zuletzt zunehmend ein ideologischer, auf den Bundestagswahlkampf ausgerichteter Schlagabtausch Schröder-Stoiber um die Frage: Soll Deutschland Einwanderung regeln und gestalten oder aber nach den Vorstellungen von CDU/CSU blockieren? Wäre das Gesetz in solcher Lage im Bundesrat an der PDS gescheitert, hätte sie dem Unions-Kanzlerkandidaten einen Etappensieg für seinen Wahlkampf der Ausgrenzung und Diskriminierung ausländischer Mitbürger, Zuwanderungswilliger und Flüchtlinge bescheren helfen.

Das kann und wird niemand ernsthaft von der PDS erwartet haben.“

Die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke kritisiert in der *jungen Welt* (23.3.) die Zustimmung: „Diese Position (wie oben dokumentiert – Red.) ist jedoch umstritten. In Mecklenburg-Vorpommern hat der PDS-Landesvorstand noch am Donnerstag mit 14:3 Stimmen gefordert, dass sich das Land im Bundesrat der Stimme enthalten solle.“

... auch das, was aus den Verhandlungen mit der SPD herausdrang, vermag in meinen Augen die Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz nicht zu rechtfertigen. Selbst da, wo Konkretes verabredet worden ist und nicht nur Prüfaufträge erteilt wurden, bezieht sich dies auf Einzelheiten der Landespolitik.

Am bundesrechtlichen Rahmen ändert sich hierdurch kein Jota! Auf der Ebene eines Bundeslandes kann nur etwas vereinbart werden, was sich innerhalb des Rahmens, den das Bundesgesetz absteckt, bewegt. Ansonsten gilt die Bestimmung aus dem Grundgesetz: Bundesrecht bricht Landesrecht. (...) Neu ist an vielen Vereinbarungen also gar nichts. Sie sind bereits verabredet. Und mit dem Zuwanderungsgesetz haben sie nichts zu tun.“

Zum bevorstehenden Bush-Besuch in Deutschland traf sich die Friedensbewegung in Kassel

Kampagne gegen Kriegspläne in Nah-/Mittelost beschlossen

Im Folgenden dokumentieren wir eine Pressemitteilung von der Aktionskonferenz der Friedensbewegung, die am 17. März 2002 in Kassel stattfand.

Anlässlich des Deutschland-Besuchs des US-Präsidenten Bush im Mai ruft die Friedensbewegung zu einer Großdemonstration in Berlin und zu vielen dezentralen Aktionen im ganzen Land auf. Dies war ein Ergebnis der Aktionsberatung der Friedensbewegung, zu der der Bundesausschuss Friedensratschlag am Sonntag nach Kassel eingeladen hatte.

70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Vertreter/innen lokaler und regionaler Initiativen und bundesweiter Friedensorganisationen, haben sich auf ein Konzept für eine breite Kampagne gegen die Kriegspläne der US-Regierung im Nahen und Mittleren Osten verständigt. Unter dem Motto „Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident!“, soll dem US-Präsidenten in Deutschland der „Empfang bereitet werden, den er verdient“, sagte der Sprecher des Friedensratschlags zu Beginn der Konferenz. Nach Überzeugung der Friedensbewegung wird in Washington derzeit die nächste Phase des sog. „Krieges gegen den Terror“ vorbereitet, der nichts andere ist als ein Krieg zur Festigung der US-Hegemonie und zur Vertretung handfester ökonomischer und geostrategischer Interessen der USA. Der geplante Krieg gegen den Irak sei eine Bedrohung des Weltfriedens. „Wenn das Pulverfass Naher Osten explodiert, regnen die Funken und die Asche auch auf Europa herunter“, sagte Strutyński.

Auf besondere Empörung stieß das vor wenigen Tagen bekannt gewordene US-Geheimpapier „Nuclear Posture Review“, wonach die USA sich das Recht herausnehmen, nun auch Atomwaffen gegen Länder einzusetzen, die selbst über keine Atomwaffen verfügen. Washington, so heißt es im Aufruf der Friedensbewegung, erklärt sogar einen atomaren Krieg für führbar „und bereitet ihn vor“.

Mit Skepsis reagierten die Friedensaktivisten auf die Ankündigung des deutschen Bundeskanzlers, einem Krieg gegen den Irak „ohne UN-Mandat“ nicht zuzustimmen. Ein UN-Mandat habe auch beim Jugoslawien-Krieg vor drei Jahren und hat auch beim Afghanistan-Krieg nicht vorgelegen, und die Bundesregierung sei doch mit von der Partie gewesen. Außerdem werde ein Krieg gegen den Irak nicht besser, wenn sich die Krieg führenden Staaten auf ein tatsächliches

Der Aufruf der Friedensbewegung zum Bush-Besuch

Hier folgt der Aufruf zum Bush-Besuch, der auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 17. März 2002 in Kassel beschlossen wurde. Er soll ab sofort von möglichst vielen Organisationen, Friedensgruppen usw. unterschrieben werden! Am besten per e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de (Bundesausschuss Friedensratschlag)

Anlässlich des Deutschlandbesuchs von US-Präsident Bush am 22. und 23. Mai 2002 ruft die Friedensbewegung zu Demonstrationen und Kundgebungen im ganzen Land auf.

Wir wollen ihre Kriege nicht, Herr Präsident ...

Besorgnis erregende Nachrichten häufen sich. US-Präsident Bush plant, den „Krieg gegen den Terrorismus“ auszuweiten. Als nächstes Ziel wird der Irak genannt. Ein „Kreuzzug“ gegen politisch missliebige Staaten droht. Die Staaten der Welt werden in Gut und Böse eingeteilt, um militärische Gewaltanwendung zu rechtfertigen, wann und wo immer dies nützlich erscheint. Sogar ein Atomkrieg wird nicht mehr ausgeschlossen. Mit so genannten „Mini-Nukes“ werden nun auch Staaten bedroht, die selbst über keine Atomwaffen verfügen. Für all das gibt es in der globalisierten Welt, die sich auf die Ererbschaften der Zivilisation beruft,

keinerlei Rechtfertigung – weder politisch noch moralisch.

Krieg ist kein Mittel gegen den Terrorismus. Krieg selbst ist Terror, weil er die Bevölkerung trifft und die zivile Infrastruktur zerstört. Die Folgen für die Entwicklung der Menschheit auf unserem Planeten sind unabsehbar. Ganze Weltregionen – zuallererst der Nahe Osten – sind von einem Flächenbrand bedroht. Schon durch die Ankündigung weiterer Militäraktionen werden Bemühungen um zivile Konfliktlösungen erschwert oder unmöglich gemacht. Das Völkerrecht wird immer weiter ausgehöhlt.

Wir leisten Widerstand, damit

- der sog. „Krieg gegen den Terrorismus“ umgehend beendet, keinesfalls ausgeweitet wird,
- sich die Bundeswehr nicht weiter an dem Krieg der USA beteiligt,
- die Bundeswehrsoldaten aus den Kriegsaufmarschgebieten abgezogen werden.

Statt „uneingeschränkter Solidarität“ mit der US-Kriegspolitik muss die Bundesregierung zur Deeskalation beitragen. Politische Probleme können nur politisch gelöst werden.

Wir wollen Frieden – einen gerechten Frieden, der den Menschen in aller Welt gleiche Rechte und Chancen garantiert. Dafür engagieren wir uns.

... wir wollen überhaupt keinen Krieg



oder vermeintliches UN-Mandat beruhen.

Das Konzept der Friedensbewegung sieht vor, dass am 21. Mai, also am Vorabend des Bush-Besuchs, eine bundesweite Demonstration und Kundgebung in Berlin stattfindet. Einen Tag später, am 22. Mai, sollen im ganzen Land Aktionen gegen die US-Kriegspläne stattfinden, vornehmlich an dafür geeigneten Objekten (z.B. US-Botschaft, Konsulate, Atomwaffenlager in Büchel, Atomare Einsatzzentrale EUCOMM in Stuttgart), aber auch an anderen Orten. Dabei richten sich die Proteste nicht nur gegen Bushs Kriegspolitik, sondern auch an die Adresse der Bundesregierung. Die Bundeswehr dürfe sich „nicht weiter an dem Kriegszug der USA beteiligen“ und die Bundeswehrsoldaten sollten so-

fort aus den Kriegsaufmarschgebieten abgezogen werden.

Ein weiteres Thema der Aktionsberatung waren die in zwei Wochen beginnenden Ostermärsche, von denen es nach Auskunft der zentralen Ostermarschstelle (<http://www.ostermarsch.info>) in diesem Jahr mehr geben wird als vor einem Jahr. Die Ostermarschkundgebungen werden auf die neuen Kriegsdrohungen genauso reagieren wie auf die bedrückende Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt. Die Friedensaktivisten in Kassel haben nach ausführlicher Diskussion eine Erklärung zum Nahen Osten verabschiedet, in der an Israel appelliert wird, endlich das „natürliche Recht der Palästinenser auf ein menschenwürdiges Leben und auf Heimat“ anzuerkennen. Dies schließt das „Recht auf einen palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt“ mit ein. Unterstützt werden die Forderungen der israelischen Friedensbewegung sowie der vor kurzem veröffentlichte Aufruf israelischer Reserveoffiziere, den Kriegsdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern.

Für die Aktionskonferenz:

Dr. Peter Strutyński (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag)
Kasseler Friedensforum, Spohrstr. 6,
34117 Kassel, eMail: strutype@hrz.uni-kassel.de



Newroz 2002 (von oben nach unten:)
Diyabakir; Batman, Van, Mersin, Istanbul, Düsseldorf

Newroz

Eindrucksvolle kurdische Demonstration für Demokratie und Frieden

Wie schon in den Jahren zuvor machte die kurdische Bewegung das Newrozfest am 21. März zu einer Demonstration ihres Willens nach Anerkennung ihrer Identität, nach Frieden und Demokratie in der Türkei. So viele Menschen demonstrieren noch nie an diesem Tag, man kann von mehreren Millionen ausgehen.

Hier nur die Meldungen von den Hadeb-Veranstaltungen aus den Städten: Adana 40.000, Adiyaman 8.000, Agri 10.000, Diyarbakir 750.000, Ankara 5.000, Antalya 10.000, Batman 200.000, Bingöl 10.000, Bitlis 5.000, Bursa 2.000, Dogubeyazit 15.000, Erincan 35.000, Erzinca 5.000, Eskisehir 3.000, Hakkari 15.000, Iğdir 1.000, Istanbul 10.000, Izmir 50.000, Kayseri 500, Kiziltepe 40.000, Kocaeli 2.000, Konya 8.000, Mardin 2.000, Mersin 70.000, Nusaybin 40.000, Siirt 30.000, Sirnak 7.000, Urfa 40.000, Van 250.000. Auch in Europa fanden viele Veranstaltungen und Demonstration statt. Die größte war am 23. März in Düsseldorf mit 35-40.000 Teilnehmern.

Das Kurdistan Informations-Zentrum aus Berlin berichtet:

„Mit jedem Jahr vergrößert sich der nationale demokratische Kampf des kurdischen Volkes. Das diesjährige Newrozfest (Neujahrsfest) wurde zum Gipfel des legitimen Kampfes der Kurdinnen und Kurden für seine Rechte. Wie schon seit Jahren wurde auch in diesem Jahr Newroz überall, wo Kurdinnen und Kurden leben, mit großer Beteiligung gefeiert. In den meisten Städten verdoppelte sich die Zahl der TeilnehmerInnen. Die Forderung der Teilnehmer war eindeutig: Überall, wo Newroz mit Feuern und Tänzen in kurdischen, traditionellen Kleidern und in friedlicher Stimmung gefeiert wurde, forderten Millionen von Menschen die Zulassung der kurdischen Sprache, die Abschaffung der Todesstrafe, die Anerkennung ihrer kulturellen Identität, die Anerkennung der universellen demokratischen Rechte und ein freiwilliges Zusammenleben. Im Weiteren wurde überall die Verbundenheit zur ihrer nationa-

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Feridun Cenik, im Interview

Das türkische Parlament hat im Oktober 2001 im Hinblick auf den geplanten EU-Beitritt mehr als 30 Verfassungsänderungen beschlossen, die die Situation der Menschenrechte und der Minderheiten verbessern sollten. Gibt es bis heute spürbare Auswirkungen davon in den kurdischen Gebieten?

Die Verfassungsänderungen haben uns bis jetzt nichts gebracht, eher im Gegenteil. Publikationen und Sendungen in Kurdisch sind sogar mehr denn je von Verboten bedroht. Einzige zählbare Verbesserung ist die Verkürzung der Zeit der Ingewahrsamnahme.

Werden also in absehbarer Zeit keine offiziellen Radio- und Fernsehsendungen in Kurdisch möglich sein?

Darüber ist eine Auseinandersetzung im Gange. Leider ist es jedoch so, dass erst kürzlich beispielsweise in Diyarbakir ein privater Radio- sowie ein Fernsehsender geschlossen worden sind, weil sie kurdische Musik gespielt haben. Andererseits beabsichtigt der türkische Staat kurioserweise, in seinem staatlich kontrollierten Sender GAP eine einstündige Sendung in Kurdisch zu-

zulassen. (...)

Es gibt in Diyarbakir Hunderttausende Flüchtlinge aus den zerstörten Dörfern. Gibt es für sie Aussicht auf Rückkehr?
Die Lösung des Rückkehrproblems ist noch in weiter Ferne. Ministerpräsident Bülent Ecevit hat sogenannte Mittelpunktdörfer („Köy Kent“) vorgeschlagen. Dieses Modell wird jedoch von der kurdischen Bevölkerung abgelehnt.

Gibt es Hilfsprogramme für die Flüchtlinge?

Der Staat leistet keinerlei Hilfe. Wir als Stadtverwaltung versuchen, durch Nahrungsmittelausgaben die ärgste Not zu lindern.

Wie können die Strukturprobleme der kurdischen Regionen mit ihrer besonders hohen Arbeitslosigkeit angegangen werden?

Der türkische Staat und die Regierung müssen verstehen, dass es der kurdischen Bevölkerung nicht um Separatismus geht. Sie strebt wahrhaft demokratische Verhältnisse an. Eine Lösung der Strukturprobleme ist nur über eine Änderung der Sichtweise des Staates und der anderen türkischen Parteien im Hinblick auf die Kurdenfrage möglich.

(...) *Quelle: nuce 46, 22.3.)*

len Führung Abdullah Öcalan zum Ausdruck gebracht und seine sofortige Freilassung gefordert.“

„Die Newrozfeierlichkeiten von gestern haben erneut gezeigt, dass der demokratische Kampf des kurdischen Volkes von niemandem aufgehalten werden kann, denn sie umschlossen alle Schichten der Gesellschaft. Auch wurde unübersehbar, dass die seit Jahrhunderten andauernde Verleumdungs- und Vernichtungspolitik ihre Niederlage erlitten hat.“

Es ist eine positive Entwicklung, dass offizielle türkische Stellen Newrozveranstaltungen in vielen Städten genehmigt haben. Bei den genehmigten Veranstaltungen wurde Newroz regelrecht in Feststimmung gefeiert. In Städten wie Istanbul und Mersin hingegen, in denen Newroz verboten wurde, kam es zu blutigen Ausschreitungen.“

In der ganzen Türkei gab es 1.000 Festnahmen und Hunderte von Verletzten, allein in Istanbul wurden 600 Demonstranten festgenommen, in Bitlis 250. In Bitlis, Istanbul und Mersin wurden Demonstrationen von Sicherheitskräften angegriffen. Bei den Angriffen in Mersin setzte die Polizei Panzer, Handgranaten, Plastikgeschosse, Tränengas und Wasserwerfer ein. Dabei wurden ein Mann und ein Kind von einem Polizeipanzer überrollt. Bei den Straßenschlachten wurden 53 Menschen teilweise schwer verletzt. Auch zwei Polizisten kamen ums Leben, 41 wurden verletzt.

Die Massenbeteiligung an den diesjährigen Feiern veranlasste Kommentatoren westlicher Zeitungen zu Prognosen wie „Ostanatolien nahe einer soziale Explosion“, „Frustration der Vertriebenen in der westlichen Türkei“ (Neue Züricher Zeitung, 23.3.). Und da ist was Wahres dran: Seit fast drei Jahren ist der bewaffnete Kampf der PKK eingestellt. Die türkische Regierung hat keinerlei Projekte für die Rückkehr der ca. drei Millionen Vertriebenen in ihre Dörfer aufgelegt. In der schweren wirtschaftlichen Krise gab es fast keine Entwicklungsprojekte in den kurdischen Regionen im Südosten des Landes, einst Kornkammer und Fleischlieferant der Türkei. Vertreibung aus den Dörfern und Schließung der Grenzen zum Irak haben die wirtschaftliche Entwicklung zum Stillstand gebracht. Nach dem 11. September wurden die wenigen verbliebenen Projekte endgültig gestoppt und der kleine Grenzverkehr mit dem Irak endgültig unterbunden.

Die Hoffnung der Menschen dieser Region auf Besserung ihrer Lage drückt sich u.a. in der Unterstützung der pro-kurdischen Partei Hadep aus. Statt wirtschaftlicher und demokratischer Entwicklung hat die türkische Regierung Repression und Verbote im Sinn. Die kurdischsprachigen Zeitungen, Radio und Fernsehstation wurden direkt vor Newroz verboten. Der Verbotsprozess gegen die Hadep läuft. Auch in diesem Sinne waren die Newrozfeiern Abstimmungen. *rub*



Massenkundgebung in Rom

Für die Verteidigung der Rechte der Arbeit und der Bürgerrechte

Egal, ob es drei Millionen Teilnehmer waren, wie die Gewerkschaft CGIL als Veranstalter schätzte, oder weniger: Die Riesenkundgebung am 23. März in Rom war nach allgemeiner Einschätzung die größte Kundgebung aller Zeiten in Italien. Sie führte unter der Stoßrichtung Verteidigung des Kündigungsschutzes, Verteidigung der Rechte der Arbeit und der Bürgerrechte Kräfte, Gruppierungen, Bewegungen zusammen, wie sie in dieser Vielfalt zuvor noch nie zusammengefunden hatten: Gewerkschafter, Anhänger der Linksparteien, Studenten, Einwanderer, Sozialforen und Globalisierungskritiker, Friedens- und Umweltgruppen, kritische Intellektuellenzirkel und viele mehr. Die Aktion wurde als eine explosive Befreiung von jahrelanger politischer Lähmung erlebt. Was sie an Entwicklungen auslösen wird, ist noch nicht absehbar. Keine politische Kraft, Bewegung usw. kommt an dieser Erfahrung vorbei.

Die Mobilisierung wurde auch nicht durch den Mordanschlag auf den arbeitsmarktpolitischen Berater der Berlusconi-Regierung, Biagi, aufgehalten; eine Tat, die sogenannte Rote Brigaden in einer 26-seitigen Erklärung als ihr Werk reklamierten. Berlusconi hatte die Tat im Parlament umgehend gegen die Mobilisierung wenden wollen und die gewerkschaftlichen Organisatoren der Kundgebung für ein „Klima des Hasses“ verantwortlich erklärt, das die Terroristen indirekt bewaffnete. Dieser abwegige und infame Vorwurf hat vermutlich noch zusätzlich Teilnehmer nach Rom in Bewegung gesetzt. Das „Nein zum Terrorismus!“ spielte in der Kundgebung schließlich eine große Rolle. Viele erinnerten sich, dass terroristische Attentate auch früher gerade in Zeiten sozialer Unruhe und Mobilisierung den Rechten Luft und Spielraum für reaktionäre Manöver verschafft haben.

Sergio Cofferati erklärte für die CGIL, dass eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung über die Arbeitsmarktpolitik nur möglich sei, wenn die Regierung auf die Abschaffung des Kündigungsschutzes verzichtet. Andernfalls kommt es zum Generalstreik. In den nächsten Tagen wollen sich auch die beiden anderen Gewerkschaftsverbände CISL und UIL an gemeinsamen Aktionen beteiligen. Falls ein gemeinsamer Generalstreik beschlossen wird, könnte es zu einer Verschiebung des Termins vom 5.4. auf einen anderen Tag im April kommen.

rok





Mehrere hunderttausend Menschen demonstrierten am 16. März in Barcelona unter der Losung „Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges“ gegen den EU-Gipfel in Spanien. Aufgerufen hatte ein breites Linksbündnis von anarchistischen und kommunistischen Organisationen, von Gewerkschaften, Hausbesetzern, Anti-Globalisierungsgruppen, Organisationen von Schülern, Studenten, Bauern ... Selbst die Sektion der spanischen Sozialisten in Katalonien beteiligte sich an den Protesten. Barcelona war förmlich von Polizei und Guardia Civil belagert, die bewaffnete Staatsmacht ging teilweise brutal gegen Demonstrantengruppen vor. Teilweise wurden Demonstranten an den Grenzen abgewiesen, deshalb demonstrierten 1.500, denen die Einreise verweigert war, in Perpignan. Tags zuvor waren bereits bis zu 100.000 Menschen dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu einer Demonstration gefolgt.

EU-Verteidigungsminister beklagen fehlende Mittel

Die EU-Verteidigungsminister befassten sich auf ihrem Treffen in Zaragoza mit der Entwicklung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“. Der Aktionsplan zur Stärkung ihrer militärischen Ausstattung, so ihr Resumé, enthalte nach wie vor gravierende Lücken und lasse sich ohne zusätzliche Mittel schwer ausfüllen. So sei zu befürchten, dass die Europäische Streitmacht, die bis 2003 aufgebaut sein soll, in wesentlichen Punkten erst bis 2012 ihre volle Einsatzbereitschaft enthalte. Von konkreten Maßnahmen zur Beschaffung der einhellig verlangten zusätzlichen Gelder wurde nichts bekannt. Der Koordinator der EU-Außen- und Sicherheitspolitik Solana forderte eine Kampagne, mit der der Öffentlichkeit klar zu machen sei, dass das weltpolitische Engagement der EU nicht zum Nulltarif zu haben sei.

Anmaßender Kleiner Donau-Gipfel

Der sog. „kleine Donau-Gipfel“ – bestehend aus den Ministerpräsidenten von Ungarn, Österreich, Bayern, Baden-Württemberg – tagte am 18.3. im ungarischen Esztergom an der Grenze zur

Slowakei. Die Ministerpräsidenten betraten die in die Slowakei führende Donaubrücke, kehrten nach 5 m demonstrativ um und kritisierten anschließend die Slowakei wegen ihrer Haltung zu den Benes-Dekreten. Auf der Tagesordnung des Treffens stand außerdem die deutschsprachige Budapester Gyula-Andrássy-Universität auf der Tagesordnung, die von den beiden süddeutschen Bundesländern sowie Österreich politisch und finanziell massiv unterstützt wird, in Ungarn selbst jedoch sehr umstritten ist.



Am 17. März demonstrierten in Brüssel, Belgien, 10.000 bis 15.000 Menschen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für „Gleiche Rechte für alle!“

Britische SAS-Einheiten intervenieren im Jemen, die BRD ist dabei

Über 200.000 Menschen demonstrierten am 20. März im Jemen gegen die Kriegsdrohungen gegen Irak und gegen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern. Die NZZ berichtet (25.3.), dass britische und US-amerikanische Truppen in den nächsten beiden Monaten in der Wüste des Landes gemeinsame Manöver mit der jemenitischen Armee durchführen werden. Die britische Elite-truppe Special Air Services ist derselben Quelle zufolge im Begriff, im Nordjemen zu intervenieren und dort militärische Operationen gegen Al-Quaida-Kämpfer durchzuführen. Zwischen 200 und 400 Elitesoldaten seien bereits im Jemen stationiert. Es geht um einen militärischen Einsatz in der Bergregion, wohin sich US- und britischen Angaben zufolge zahlreiche Al-Quaida-Kämpfer zurückgezogen hätten. Sicher scheint, dass die Bergregion nicht unter der Kontrolle der Regierung, sondern relativ unabhängiger Stammesführer steht. Großbritannien war lange Jahrzehnte Kolonialmacht, die SAS operierten u.a. von Jemen aus bei der Niederschlagung der „Volksfront zur Befreiung Omans“. – Die jemenitische Nachrichtenagentur SABA berichtet, dass sich der Innenminister des Jemens mit dem BKA-Vizepräsidenten über einen Einsatz „deutscher Spezialisten“ im Jemen geeinigt habe, u.a. gehe es um die Ausbildung jemenitischer „Anti-Terror-Einheiten“.

China: Größte Arbeiterproteste seit 1949?

Seit Anfang März protestieren im Norden Chinas Zehntausende Arbeiter. Nach

Ansicht von Han Dong Fang, Herausgeber des China Labour Bulletins, handelt es sich um die größten Arbeiterproteste seit 1949. Ausgangspunkt waren der Bankrott großer Staatsbetriebe, Massenentlassungen und teils seit Jahren vorenthaltene Lohnzahlungen. In der Provinzstadt Liaoning (Provinz Liaoning) kam es wiederholt zu großen Demonstrationen gegen die Folgen, die der Bankrott des großen staatlichen Stahlwerkes für die Arbeiter mit sich brachte, und gegen die Verhaftung des Sprechers der Arbeiterbewegung. Außerdem fordern die protestierenden Arbeiter die Bestrafung von Beamten, die Arbeitslosengelder in die eigene Tasche gesteckt haben sollen, und den Rücktritt des Bürgermeisters. Eine Demonstration in der letzten Woche (Bild) begann, aufgrund starken Regens, mit zunächst nur 500 Teilnehmern, wuchs dann aber binnen kurzem auf über 10.000 Demonstranten an, von denen viele Mao-Zedong-Bilder mit sich trugen. Polizei und Armee ging vor dem Rathaus gegen die Demonstration vor, den Berichten zufolge verhielten sich die demonstrierenden Arbeiter jedoch äußerst diszipliniert und verhinderten größere Auseinandersetzungen. Nach der Demonstration verhaftete die Polizei drei weitere Organisatoren des Protestes. Die Stadt überwies der Stahlfabrik inzwischen knapp 300 Mio. Euro und bezahlte ca. die Hälfte der Gelder, die sie den Arbeitern schuldete, doch dies reicht zur Besänftigung nicht aus. Vertreter der Protestierenden kündigten für Ende März weitere Großdemonstrationen an, wenn die vier Verhafteten nicht unverzüglich freigelassen werden.



In Guangyan (Sichuan) protestieren seit dem 13.3. 1000 Beschäftigte einer Textilfabrik, um versprochene Abfindungen einzufordern. – Unter Druck gerät die Führung der KPCh und des Staates vor allem durch die Massenproteste in der Stadt Daqing (Provinz Heilongjiang). Hier protestierten in den vergangenen Wochen bis zu 50.000 Menschen gegen die Politik der China National Petroleum Corporation und ihrer Tochterfirma PetroChina, die mehrere tausend Arbeiter entlassen bzw. in den Ruhestand geschickt haben. Hier beteiligen sich vor allem zahlreiche ehemalige Ölarbeiter an den Protesten, deren Renten absolut unzureichend sind. Am letzten Wochenende flauten die Demonstrationen vorübergehend ab, neue Proteste sind jedoch angekündigt. Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. 10.000 SchülerInnen aus 35 bayerischen Schulen forderten mit ihrer Demonstration am 15. März 2002 in München ein Verbot von Landminen und des Missbrauchs von Kindern als Soldaten. Im Vorfeld der Aktion sammelten sie 50.000 Euro Spenden für Minenopfer und ehemalige Kindersoldaten. Das Erzbistum München und Misereor hatten dazu aufgerufen. Bis heute haben 750.000 Menschen in Deutschland die Forderung nach einem Verbot aller Minen unterschrieben. Die im Deutschen Initiativkreis für das Verbot von Landminen zusammengeschlossenen Nichtregierungsorganisationen wollen in den nächsten Monaten mit einer Anzeigenkampagne aufrütteln. Darin erscheinen Anne Will, Ulrike Folkerts, Cosma Shiva Hagen und Marius Müller-Westernhagen als Minenopfer. „Gerade in diesem Wahljahr fordern wir die Regierung dazu auf, endlich den Versprechungen des Koalitionsvertrags nachzukommen und deutliche Schritte zu unternehmen hin zu einem Verbot aller Minen!“ www.landmine.de



Landkreis will Abschiebekosten von Folteropfer eintreiben

LAHN-DILL-KREIS. Der 21-jährige kurdische Flüchtling Hakkan Temel, der am 14.08.2000 vom Lahn-Dill-Kreis in die Türkei abgeschoben worden war, soll nun die Kosten für seine Abschiebung in Höhe von über 1.330 Euro selbst bezahlen. Andernfalls werde dem inzwischen nach seiner erneuten Flucht anerkannten Flüchtling keine Aufenthaltsbefugnis erteilt, so der Lahn-Dill-Kreis in einem Schreiben vom 28.02.2002. Flüchtlingsrats-Sprecher Seyit Gül ist empört: „Hakkan Temel wurde abgeschoben und gefoltert, weil die deutschen Behörden ihm zu Unrecht Asyl verweigerten. Nun soll er die Kosten für die Abschiebung in den Folterkeller selbst bezahlen! Soll das Folteropfer vielleicht auch noch für die Kosten seiner Folterer aufkommen?“ Der Nds. Flüchtlingsrat und PRO ASYL fordern den Landkreis Lahn-Dill-Kreis auf, Hakkan Temel die ihm zustehende Aufenthaltsbefugnis auszustellen und den Kostenbescheid zurückzunehmen. Des weiteren erhoffen sich die Organisationen einen zukünftig sensibleren Umgang mit (potenziellen) Folteropfern.

www.nds-fluerat.org/presse/2002

8. Juni: Konzert im Flüchtlingslager und Kundgebung am Flughafen

FRANKFURT A.M. Dieser Tage landet ein ungewöhnlicher Antrag auf den Schreibtischen des hessischen Regierungspräsidiums in Darmstadt. Denn für Samstag, den 8. Juni, planen Brothers Keepers ein Konzert von BANTU an einem besonderen Ort und vor speziellem Publikum. „Konzertsaal“ soll der Aufenthaltsraum des Flüchtlingslagers auf dem Frankfurter Flughafengelände sein. Die Gruppe BANTU ist Initiator des BK-Projektes, einem Zusammenschluss verschiedener afrodeutscher Reggae- und Rapkünstler. Das antirassistische Musikprojekt wur-

de gegründet, nachdem im Sommer 2000 der mosambikanische Familienvater Alberto Adriano in Dessau von deutschen Jugendlichen wegen seiner schwarzen Hautfarbe zu Tode geprügelt wurde. Nach gemeinsamen Plattenveröffentlichungen wie u.a. „Adriano (Letzte Warnung)“, riefen sie einen gemeinnützigen Verein ins Leben, der Opfer rassistischer Gewalt direkt unterstützt. Das geplante Konzert im Flüchtlingslager sehen sie in einer Reihe mit ihrem bisherigen Engagement. Zeitgleich zum Auftritt von BANTU, kündigt das Aktionsbündnis gegen Abschiebung/Rhein-Main eine Kundgebung am Flughafen an. Wie ein Sprecher des Aktionsbündnis erklärte, soll mit der Kundgebung auch des Todes von Aamir Ageeb gedacht werden. Ageeb, dessen Todestag sich am 28. Mai 2002 zum dritten Mal jährt, hatte sich gegen seine Abschiebung über den Frankfurter Flughafen zur Wehr gesetzt. Er wurde von den eingesetzten BGS-Beamten zu Tode gebracht. Die staatsanwaltlichen Ermittlungen führten zur Anklageerhebung gegen drei BGS-Beamte. Der Prozess beginnt im Sommer in Frankfurt/Main.

www.antifaschistinnen.de – Das Bild stammt von der Flughafen-Aktion im letzten Jahr: www.arbeiterfotografie.com



Verstoß gegen die Menschenwürde im Abschiebeknast Köpenick

BERLIN. Am 7. März 2002 berichtet der Flüchtlingsrat Berlin in einer Presseerklärung von einem unglaublichen Vorfall im Abschiebeknast Köpenick: Bereits Ende letzten Jahres, am 2.12.2001 erlitt ein dort inhaftierter 27-jähriger Albaner aus dem Kosovo einen Herzinfarkt und erhält erst einen Tag später angemessene ärztliche Versorgung. Empört wenden sich Flüchtlingsrat, der Chefarzt des Krankenhauses Köpenick und die Menschenrechtsbeauftragte der Ärztekammer Berlin an den Innensenator Berlins, Dr. Körting, und stoßen auf eine Mauer der Ignoranz. Statt dem Betroffenen zumindest nachträglich die notwendige ärztliche Betreuung zuzugestehen, wird dieser Mitte Februar zum polizeiärztlichen Dienst vorgeladen, um seine Reise- und Flugfähigkeit zu überprüfen. Der Flüchtlingsrat schreibt: „Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Ausgang des von ihm gestellten Strafantrages gegen MitarbeiterInnen des Polizeiärztlichen Dienst nicht mehr abgewartet werden sollte. Der Flüchtlingsrat stellt fest, dass sich die medizinische Versorgung der Inhaftierten im Abschiebungsgewahrsam

Köpenick in einem desolaten Zustand befindet. Dadurch werden existenzielle Rechte der Gefangenen verletzt. Der Flüchtlingsrat erwartet, dass die medizinische Versorgung und die psychologische und soziale Betreuung der Gefangenen unverzüglich durch Stellen, die von Innenverwaltung und Polizei unabhängig sind, wie Ärztekammer oder Wohlfahrtsverbände, sichergestellt werden wird und dabei die freie Arztwahl gewährleistet wird. Der Flüchtlingsrat fordert die Abschaffung der Abschiebehäft.“

www.fluechtlingsrat-berlin.de

VW-Jugendliche erneuerten 4 Meter hohes Mahnmal gegen Rassismus

WOLFSBURG. Auf den Tag genau vor 11 Jahren hat die VW-Jugend- und Auszubildenden-Vertretung ein gut 4 Meter hohes, selbst entworfenes und gebautes Mahnmal aus Metall gegen Rassismus auf dem VW-Gelände aufgestellt. 1998 musste es dem Bau der Autostadt weichen. Jetzt haben die Auszubildenden das Denkmal restauriert und es am 21. März anlässlich des internationalen Anti-Rassismus-Tages der UNO an exponierter Stelle wieder aufgestellt. Angelos Mpoutskas, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung, hob die Aktualität des Mahnmals, das die Aufschrift „Nie wieder Faschismus, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ trägt, hervor. „Es mahnt uns, nicht müde zu werden, uns für unterdrückte Menschen und Völker zu engagieren und uns in allen Lebensbereichen für die berechtigten Interessen unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.“

www.augenauf.net/aktuell

Uni-AStA unterstützt Verfassungsbeschwerde gegen Rasterfahndung

DUISBURG. Nachdem das Oberlandesgericht Düsseldorf die Klage des marokkanischen Studenten abgewiesen hatte, hat dieser nun mit Unterstützung des Duisburger AStA Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt. Begründet wird die Beschwerde mit der Verletzung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung durch die Erfassung der Daten aller Duisburger Studenten im Rahmen der Rasterfahndung. U.a. soll das Verfassungsgericht prüfen, ob die Entscheidung des Oberlandesgerichtes, die Rasterfahndung nur für Menschen islamischen Glaubens für zulässig zu erklären, ein Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes beinhaltet. Das Gericht hatte erklärt, das die vom Gesetz geforderte „Gefahrennähe“ bei Menschen islamischen Glaubens und der Staatsangehörigkeit eines islamisch geprägten Landes gegeben sei. Die Anwendung der Rasterfahndung sei daher nur bei deutschen Staatsbürgern nicht rechtmäßig. Diese Begründung ist auch nach Ansicht des AStA eine Diskriminierung aller Studierenden islamischen Glaubens.

www.uni-duisburg.de/ASTA/

Rechter Aufmarsch am 23. März in Neubrandenburg abgebrochen

NEUBRANDENBURG. Am Samstag, 23. März, hatte der Kameradschaftsbund Insel Usedom zu einer Demonstration „gegen linke Gewalt und rot-rote Politik“ in Neubrandenburg aufgerufen. Obwohl die NPD- und „freien“ Nazis aus Berlin, Hamburg, Brandenburg und etlichen Städten aus ganz Mecklenburg/Vorpommern anreisten, waren es gegen Mittag nur etwa 180 TeilnehmerInnen in der

Neubrandenburger Oststadt. Mehr als doppelt soviel Gegen-demonstrantInnen schlossen ihren Treffpunkt, den die Rechten mit Mühe und Not unter Polizeischutz erreichten, von Anfang an ein. Gleichzeitig nahmen einige hundert Menschen an einer Kundgebung in der Neubrandenburger Innenstadt teil. Als die Polizei dann die Nazi-GegnerInnen wegdrängte, damit die Demonstration mit reichlicher Verspätung beginnen konnte, wurde schon deutlich, dass die geplante Route der Anmelder nicht mehr eingehalten wird. Nach etwa einem Drittel der Wegstrecke war dann Schluss. Der Nazi-Aufmarsch steckte in einer engen Straße fest. An die 300 Menschen blockierten sitzend und stehend die Kreuzung davor. Dann setzte die Polizei ihre Ankündigung aus dem Vorfeld der Demo um, den Rechten nicht den Weg freiprügeln zu wollen. Der Hintergrund: Im letzten Jahr blockierten ein Bündnis von etwa 1000 Menschen eine Nazi-Demonstration. Damals räumte die Polizei mit einem äußerst umstrittenen Wasserwerfer- und Knüppelinsatz die Straße frei. Diesmal war für die Nazis kein Durchkommen mehr. Trotz heftiger Diskussion untereinander und mit der Polizeiführung, hielten die Rechten nach stundenlangem Warten an Ort und Stelle eine Abschlusskundgebung ab, die beim besten Willen niemand verstehen konnte. Zum Ende dann die größte Demütigung. Die Nazis mussten sich unter reger Anteilnahme ihrer GegnerInnen in Fahrzeuge begeben und wurden zum Bahnhof abtransportiert. (Bild oben)

www.links-lang.de

Solidaritätskundgebung nach Brandanschlag auf Flüchtlinge

RENSBURG. In der Nacht vom 7. zum 8. März fand auf die Flüchtlingsunterkunft in der Kaiserstraße Nr. 21 in Rendsburg ein Brandanschlag statt. Bei Ankunft der Feuerwehr war für die meisten der etwa 30 BewohnerInnen des dreistöckigen Hauses der Fluchtweg nach draußen versperrt, weil es im Eingangsbereich des Hauses stark brannte. Über eine Drehleiter und mit Fluchthauben wurden die nur notdürftig bekleideten Menschen ins Freie geleitet. Verletzte gab es bei der Rettungsaktion nicht. Am 11. März trafen sich etwa



50 Menschen zu einer Solidaritätskundgebung für die BewohnerInnen der Flüchtlingsunterkunft. (Bild) In den Redebeiträgen wurde die deutliche Zunahme rechter Aktivitäten in Rendsburg festgestellt. Erst vor ein paar Monaten wurden zwei Migranten von Rechtsradikalen brutal zusammengeschlagen. Vor einigen Wochen verteilten 20-30 Faschisten Flugblätter in der Innenstadt. Bei dieser selbstbewussten Aktion wurde ein Mitglied der örtlichen Friedensinitiative offen angegriffen. Vor kurzem gründete sich eine Frauen-Nazi-Gruppe. In Rendsburg wird zur Zeit ein spezielles Instrument zur Sanktionierung von Flüchtlingen geplant: ein Abschiebeknast, der erste in Schleswig-Holstein. Das Abschiebegefängnis in Glasmoor gehört verwaltungstechnisch zu Hamburg. Schleswig-Holstein hat hier aber Plätze „reserviert“. Abschiebegefängnisse suggerieren der Öffentlichkeit, dass Menschen ausländischer Herkunft prinzipiell wertloser sind als Deutsche – warum sonst sollte man sie einsperren wie Straftäter. Die Existenz dieser Einrichtungen ermutigt Rechtsradikale, auch mal selber Hand anzulegen. „Netzwerk Asyl“ verwies auf die Funktion staatlicher Einschränkungen und Repressionen gegenüber Flüchtlingen. Diese Maßnahmen entwürdigten die Betroffenen. Sie schafften ein allgemeines Klima gegen AusländerInnen und Asylsuchende und fördern die Entsolidarisierung und Gewaltbereitschaft innerhalb der Bevölkerung. Netzwerk Asyl, Rendsburg. Gekürzter Bericht aus: LinX, Soz. Zeitung für Kiel



Sind Soldaten potentiell keine Mörder?

Die unendliche Geschichte des Strafverfahrens gegen einen Augsburger Antimilitaristen

12 Jahre lang mussten sich Gerichte mit dem Flugblatt „Sind Soldaten potentiell keine Mörder“ des Antimilitaristen Franz Egeter befassen, bis am 12. März 2002 schließlich das Amtsgericht Landsberg a. Lech doch einen Freispruch verkündete. Franz Egeter und sein Verteidiger RA Kittl haben mit dem Freispruch nicht nur einen persönlichen Erfolg erzielt. „Die Meinungsfreiheit muss in Bezug auf die antimilitaristische Arbeit neu bewertet werden und wird in anderen Strafverfahren Berücksichtigung finden müssen. Wegen der Präzisierung des Begriffes der Schmähkritik durch das Bundesverfassungsgericht kommt dem Urteil eine weitreichendere Bedeutung zu“, kommentieren sie.

Als im November 1989 die Bundeswehr in der Berufsschule Landsberg a. Lech die Ausstellung „Rührt euch!“ zeigt, in der die Bundeswehr mit Karikaturen als ein lustiger Haufen und als Blödelarmee dargestellt wird, steuert Franz Egeter, Mitglied der DFGIVK-Gruppe Augsburg, anerkannter Kriegsdienstverweigerer und Oberstudienrat am dortigen Gymnasium, drei ausgewählte Abbildungen (siehe Bild) bei, die später im Urteil der 6. Strafkammer des Landgerichts Augsburg folgendermaßen beschrieben werden:

„1. Der verbrecherische, ordensdekorierte Kommandeur, der den gehorsamen Soldaten auch dann noch über das blutgetränkte Schlachtfeld schickt, wenn schon alles in Schutt und Asche liegt und durch tausendfachen Mord das zivile Leben erstarben ist. ... 2. Soldaten als Marionetten, gesteuert von der Hochfinanz, von korrupten Politikern und einflussreichen Herren der Rüstungsindustrie. 3. Schließlich die Kreuze auf Soldatenfriedhöfen.“

An einem Sonntagnachmittag verteilt der Lehrer insgesamt 20 Flugblätter an die Ausstellungsbesucher, bis er vom anwesenden Schulleiter Hausverbot erhält. Zum Zeitpunkt der Ausstellung werden in den USA bereits massen-

haft Reservisten einberufen, der Golfkrieg ist in der Planungsphase und die Propagandamaschine läuft auch in der BRD. An die vielen später stattfindenden Massaker, den militärischen US-Angriff auf Panama oder an den NATO-Krieg gegen Jugoslawien ist noch nicht zu denken. Aber in realistischer Einschätzung stellt der kurze Flugblatttext unter anderem fest: „Soldaten werden zu Mördern ausgebildet. Aus ‘Du sollst nicht töten’ wird ‘Du mußt töten’. Weltweit. Auch bei der Bundeswehr.“

Zusammen mit einem Soldaten namens Rühle, der während der nachfolgenden Prozesse kein einziges Mal in Erscheinung tritt und sich auch nie öffentlich äußert, stellt der damalige Verteidigungsminister Stoltenberg einen Strafantrag wegen Beleidigung der Soldaten der Bundeswehr. Im August 1990 wird der Beschuldigte vom Amtsgericht Lands-

berg zu einer Geldstrafe von 4000.- DM verurteilt (3 Ds 101 Js 535/89), nachdem der Staatsanwalt eine Strafe von 9000.- DM gefordert hatte.

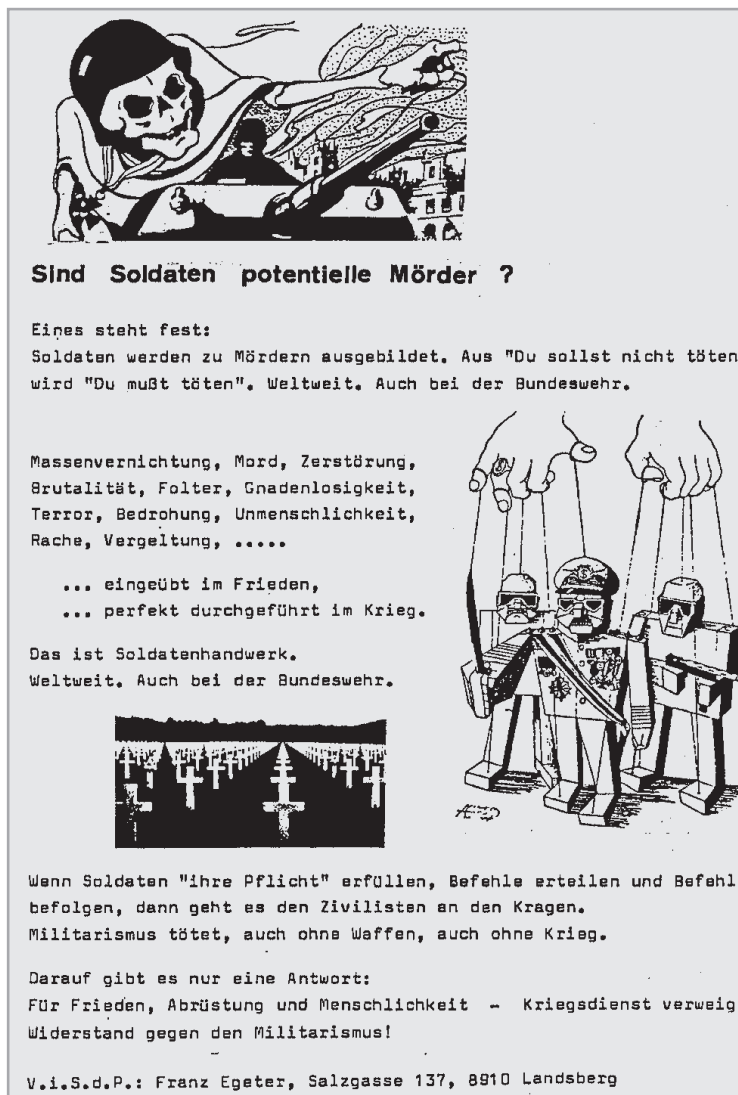
Zur Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Augsburg im Juli 1991 führt der Vorsitzende Richter Bongratz in seiner Urteilsbegründung aus: „Der Tatbestand der Volksverhetzung gem. § 130 StGB war nicht mehr Gegenstand des Verfahrens. ... Die Meinungsfreiheit ist hiernach eines der vornehmsten Menschenrechte und konstituierend für die freiheitlich demokratische Grundordnung, indem es den geistigen Kampf, die freie Auseinandersetzung der Ideen und Interessen gewährleistet, die für das Funktionieren dieser Staatsordnung lebenswichtig ist. So muß gegebenenfalls selbst in überspitzter und polemischer Form geäußerte Kritik hingenommen werden, wenn andernfalls die Gefahr einer

Lähmung oder Verengung des Meinungsbildungsprozesses droht.“ Dann relativiert der Richter jedoch – „Demgegenüber mußte die Berufungskammer zu Lasten des Angeklagten werten, daß er Lehrer von Beruf ist.“ – und verurteilt ihn zu einer noch höheren Geldstrafe von 6000.- DM.

Das Bayerische Oberlandesgericht verwirft daraufhin die Revision im Dezember 1991 als „offensichtlich unbegründet“, ohne sich weiter zu erklären.

Im April 1992 zieht das Kultusministerium nach und stellt ein Dienstvergehen fest, weil der Beamte der „Verpflichtung zu dem vom Beruf geforderten achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten in besonderem Maß nicht nachgekommen ist. Nur bei einwandfreiem Verhalten auch im außerdienstlichen Bereich können Lehrer ihrer Vorbildfunktion für die Schüler gerecht werden.“

Das von dem Antimilitaristen angerufene Bundesverfassungsgericht verwirft im Oktober 1995 einstimmig alle drei von der Bayerischen Justiz gefällten Urteile als verfassungswidrig und verweist den



Sind Soldaten potentielle Mörder ?

Eines steht fest:
Soldaten werden zu Mördern ausgebildet. Aus "Du sollst nicht töten" wird "Du mußt töten". Weltweit. Auch bei der Bundeswehr.

Massenvernichtung, Mord, Zerstörung, Brutalität, Folter, Gnadenlosigkeit, Terror, Bedrohung, Unmenschlichkeit, Rache, Vergeltung,

... eingeübt im Frieden,
... perfekt durchgeführt im Krieg.

Das ist Soldatenhandwerk.
Weltweit. Auch bei der Bundeswehr.

Wenn Soldaten "ihre Pflicht" erfüllen, Befehle erteilen und Befehle befolgen, dann geht es den Zivilisten an den Kragen.
Militarismus tötet, auch ohne Waffen, auch ohne Krieg.

Darauf gibt es nur eine Antwort:
Für Frieden, Abrüstung und Menschlichkeit - Kriegsdienst verweigere
Widerstand gegen den Militarismus!

V.i.S.d.P.: Franz Egeter, Salzgasse 137, 8910 Landsberg

Fall zurück an das Amtsgericht Landsberg. Überraschend und fast als Ironie der Geschichte wird der noch vor kurzem mehrmals verurteilte Antimilitarist im Januar 1996 zum Beisitzer im Ausschuß für Kriegsdienstverweigerung beim Kreiswehrratsamt München berufen. Drei Monate später und mehr als 6 Jahre nach der Verteilung der Flugblätter wird er erneut als Beschuldigter zur Hauptverhandlung nach Landsberg geladen. Vielleicht der Schwere der Straftat entsprechend oder auch nur nach Laune des Gerichts findet die Verhandlung sogar an zwei Tagen statt, und der Angeklagte und sein Verteidiger müssen zweimal zur Aburteilung anreisen. Ungeduldet der ausführlichen Begründung des Bundesverfassungsgerichts und der Tatsache, daß die bisherigen Urteile in ihrer Gesamtheit verfassungswidrig waren, hält Richter Daum diesmal eine Geldstrafe von 3800,- DM für angemessen.

In seiner Urteilsbegründung schwadroniert er völlig entfesselt drauf los und hinterläßt ein Dokument, das Comedy-Charakter hat. Ohne den erst nach einigen Jahren stattfindenden Angriffskrieg gegen Jugoslawien voraus ahnen zu können, gibt Richter Daum auf dem Rücken des Angeklagten seine eigenen Gedanken wieder und führt tiefsinnig aus: „In der Hauptverhandlung wollte sich der Angeklagte ausdrücklich nicht dazu äußern, ob die Bezeichnung potentielle Mörder auch etwa auf Parlamentarier zutreffend sei, die einen Bundeswehreininsatz per Bundestagsbeschluß anordnen, dies wäre jedoch die logische Fortsetzung des Gedankens des Angeklagten. Wer nämlich einen Mordeinsatz befiehlt, trägt mindestens genau so viel Verantwortung wie der, der ihn ausführt, der Soldat. Letztlich müßte auch das Bundesverfassungsgericht, das solche Einsätze billigt, mit der beleidigenden Bezeichnung bedacht werden.“ Dann kommt er wieder zur Sache: „Der Angeklagte ist ein Überzeugungstäter, der das gegen ihn eingeleitete Verfahren für 'politische Justiz' hält.“

Die erneute Revision gegen das Urteil wird vom Bayerischen Obersten Landesgericht im März 1997 wieder als unbegründet verworfen und es wird auch diesmal festgestellt, daß das Urteil des Amtsgerichts rechtsfehlerfrei sei.

Das Bundesverfassungsgericht ist da ganz anderer Ansicht. Nachdem der angeklagte Lehrer in der gleichen Sache zum zweiten Mal Verfassungsbeschwerde eingelegt hatte, und nachdem der Verteidigungsminister Stoltenberg, der das Verfahren in Gang gebracht hatte, inzwischen verstorben war, beschließt die 1. Kammer des Ersten Senats des BVG unter dem damaligen Vizepräsidenten und jetzigen Präsidenten Papier am 23.12.2001 – also 12 Jahre nach der vermeintlichen Straftat – wiederum einstimmig (1 BvR 643/97), daß auch die Urteile des AG Landsberg vom 2. Mai 1996

und des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 11. März 1997 verfassungswidrig sind und deswegen aufgehoben werden, „nachdem vorangegangene Verurteilungen wegen derselben Taten durch das Bundesverfassungsgericht (...) aufgehoben worden waren.“ Und wieder listet das BVG-Urteil die Fehldeutungen des AG Landsberg detailliert auf. „Es hat insofern den Fehler wiederholt, den das Bundesverfassungsgericht schon im Jahre 1995 beanstandet hat. (...) Da das Bayerische Oberste Landesgericht den Erwägungen des Amtsgerichts gefolgt ist, leidet sein Beschluß an denselben Mängeln.“

Seit dem Verteilen einiger antimilitaristischer Flugblätter vor mehr als 12 Jahren fanden eine ganze Menge weiterer grausamer Kriege und Massaker statt, und auch die Bundeswehr hat sich an den Verwüstungen und an dem Töten von Soldaten und Zivilisten tatkräftig beteiligt. Momentan stehen Bundeswehrsoldaten und inzwischen auch Soldatinnen auf den Schlachtfeldern.

Nach einem dienstrechtlichen Disziplinarverfahren, dem daraus resultierenden Wechsel der Dienststelle und des Dienstortes, nach zwei verfassungswidrigen Urteilen des Amtsgerichts Landsberg, einem verfassungswidrigen Urteil des Landgerichts Augsburg und zwei verfassungswidrigen Urteilen des Bayerischen Obersten Landesgerichts, nach hohen Geldstrafen, aber immerhin zwei erfolgreichen Verfassungsbeschwerden in der selben Sache hat Franz Egeter am 12. März 2002 zum fünften Mal vor Gericht zu erscheinen („Wenn Sie ohne Entschuldigung ausbleiben, müßte Ihre Verhaftung oder Vorführung angeordnet werden.“ – Ladung vom 17.01.2002).

Die *Augsburger Allgemeine*, das *Landsberger Tagblatt* und *Neues Deutschland* berichteten von dem Prozess am 12. März 2002. Im ausführlichen Artikel des Landsberger Tageblatts heißt es: „Das Verfassungsgericht hat keine Bedenken, dem Ehrenschatz den Vorzug zu geben, wenn bei den umstrittenen Äußerungen die Diffamierung einer Person im Vordergrund steht oder es sich um Schmähkritik handelt. Merkmal einer Schmähung sei jedoch eine, das sachliche Anliegen völlig in den Hintergrund drängende persönliche Kränkung. Dies konnte jedoch auch Staatsanwältin Ruth Fahrnbacher-Lutz in diesem Fall nicht erkennen. Sie war der Auffassung, daß es sich nicht um eine persönliche Diffamierung handelt. Aus dem Kontext gehe auch nicht klar hervor, daß ausschließlich Landsberger Soldaten oder die Bundeswehr gemeint seien, sagte sie und plädierte auf Freispruch. Verteidiger Knittl zitierte in seinem Plädoyer die Auffassung des Verfassungsgerichts, wonach bei einer die Öffentlichkeit wesentlich betreffenden Frage auch polemische und aggressive Formulierungen und Darstellungsmittel erlaubt seien.“

(fe)



Entscheidung des Verfassungsgerichts über die Wehrpflicht wird abgewartet

Prozess gegen Totalverweigerer ausgesetzt

Das Verfahren gegen den totalen Kriegsdienstverweigerer Olaf S. ist heute (5.3.) durch das Amtsgericht Berlin-Tiergarten ausgesetzt worden. Das Gericht wird erst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflicht abwarten. Damit entsprach es dem Antrag des Rechtsanwalts Wolfgang Kaleck. Kaleck wies daraufhin, daß noch in Kürze mit einer Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflicht gerechnet werden muss. Wäre der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens abgelehnt worden, dann wäre ein weiterer Antrag zum Tragen gekommen, der sich auf das Verbot der Doppelbestrafung bezieht.

Olaf S. wurde bereits am 27. Februar 2001 durch das Landgericht Berlin auf Grund seiner konsequenten Kriegsdienstverweigerung zu einer dreimonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Der formale Strafvorwurf: Fahnenflucht. Dieses Urteil ist rechtskräftig. Da es der Berliner Staatsanwaltschaft aber zu „milde“ war – sie hatte eine sechsmonatige Haftstrafe gefordert – hat sie ein erneutes Strafverfahren gegen Olaf S. eingeleitet, diesmal mit dem Vorwurf der Gehorsamsverweigerung.

Dieses Vorgehen ist skandalös. Mit der totalen Kriegsdienstverweigerung kann zwar formal das Begehen zweier Straftaten verbunden sein: Fahnenflucht durch Abwesenheit von der Truppe und Gehorsamsverweigerung in der Truppe. Laut Grundgesetz darf aber eine mehrfache Bestrafung auf Grund ein und derselben Handlung nicht erfolgen. Doch genau dies strebt die Staatsanwaltschaft an. Sie wünscht eine Doppelbestrafung und verstößt damit gegen ein Verfassungsprinzip.

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Berlin

Gegen Abschiebe-Kooperation. MÜNCHEN. Das Kreisverwaltungsreferat

führt in Zusammenarbeit mit der „Zentralstelle Rückführung“ der Regierung von Oberbayern sowie der togischen Botschaft sogenannte „Botschafts-Sammeltermine“ durch, um Abschiebungen nach Togo zu ermöglichen.

Dagegen wandte sich jetzt die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste in einer Anfrage: „Togo ist seit vielen Jahren eine brutale Diktatur ... Es kann nicht angehen, dass Flüchtlinge aus Togo in ihrem Zufluchtsland ihren Unterdrückern zugeführt werden. Diese Praxis muss aufhören und das Kreisverwaltungsreferat auf Sammeltermine mit potentiellen Verfolgerstaaten generell verzichten.“

Münchener Lokalberichte

Hinz & Kunzt verläßt Runden Tisch.

HAMBURG. Moderiert von Hauptpastor Mohaupt und Handelskammer-Geschäftsführer Schmidt-Trenz hat der „Runde Tisch“ an der Hauptkirche St. Jacobi, an dem Geschäftsleute, Polizei und Soziale Organisationen zusammenkommen, initiiert, dass in Innenstadtgeschäften Spendendosen aufgestellt werden für Bettler und Obdachlose mit der Aufforderung, Geld nicht mehr direkt den Betroffenen zu geben, sondern die Sammlung der Geschäfte zu unterstützen. Über die Verwendung des Geldes soll ein noch zu gründender Vergabeausschuss entscheiden.

Das Obdachlosen-Strassenmagazin Hinz und Kunzt, bisher Mitglied beim runden Tisch, ist wegen dieser Aktion auf Distanz gegangen: „Bettelnden ihre Almosen zu entziehen, ohne dass es genügend niedrigschwellige Arbeits- und Unterkunftsmöglichkeiten gibt, ist eine Aktion gegen Bettler. Die Sammelaktion könnte ... zu einer Vertreibung von Obdachlosen aus der Innenstadt führen und das soziale Klima verschlechtern.“

Lokalberichte Hamburg

Ost-Oberbürgermeister-Konferenz.

SCHWERIN. Die ostdeutschen Städte müssen wegen der kritischen Finanzlage ihre Investitionen drastisch zurückfahren. In diesem Jahr werden die Kommunen in den neuen Ländern voraussichtlich 8,5 Prozent weniger investieren als im Vorjahr. 2001 betrug der Rückgang bereits 6,9 Prozent. Damit haben sich die Investitionen der ostdeutschen Kommunalhaushalte in den vergangenen zehn Jahren halbiert: von 9,55 Milliarden auf 4,75 Milliarden Euro.

Dringend erforderlich seien Finanzhilfen des Bundes, um die Investitionskraft der ostdeutschen Städte zu stärken. Wegen der hohen Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen sei dies gerechtfertigt. Deren Abschreibung führe bei den Kom-

munen in ganz Deutschland zu Steuerverlusten von insgesamt mehr als 5 Milliarden Euro. Die Einnahmen lägen in 2002 um über 5 Milliarden Euro unter dem Niveau von 1995.

Hauptursache für den Rückgang im vergangenen Jahr sei der dramatische Einbruch bei der Gewerbesteuer. In 2001 haben die ostdeutschen Städte durchschnittlich 17,5 Prozent weniger Gewerbesteuer eingenommen als im Vorjahr. www.staedtetag.de

Konzerne zahlen nicht. FRANKFURT

A.M. Die Deutsche Bank will an ihrem Hauptsitz in Frankfurt für 2001 überhaupt keine Gewerbesteuer zahlen und sogar Vorauszahlungen zurückverlangen. BMW will für 2001 in München keinen Euro zahlen, obwohl der Konzern im vergangenen Jahr mit 1300 Mio. Euro den höchsten Gewinn seiner Firmengeschichte eingefahren hat. In Schwäbisch-Hall zahlt die gleichnamige Bausparkasse trotz einer 15-prozentigen Gewinnsteigerung ebenfalls keinen müden Euro. Dies sind nur einige bekanntgewordene Beispiele.

Städtegeschäftsführer Articus: „Gerade große Unternehmen, die bisher die Hauptzahler der Gewerbesteuer waren, verabschieden sich derzeit aus der Mitfinanzierung städtischer Aufgaben. Das kann so nicht bleiben. Wir sehen uns in Deutschland mit dem größten Einbruch bei der Gewerbesteuer seit über 30 Jahren konfrontiert. Deshalb muss die Gewerbesteuer modernisiert werden.“ *Frankfurter Info; Kommunalen Alltag Heilbronn; www.staedtetag.de*

Gutachten zur Kommunalwirtschaft. DÜSSELDORF.

Kommunale Unternehmen werden in ihren Aktivitäten von den Aufsichtsbehörden des Landes mehr als nötig eingeschränkt. Der für die Beteiligung von Gemeinden an wirtschaftlichen Unternehmen nach der NRW Gemeindeordnung notwendige öffentliche Zweck ist nämlich weiter ausulegen als bisher praktiziert. Dennoch sollte die Gemeindeordnung für öffentliche Unternehmen im Wettbewerb reformiert werden, um Chancengleichheit mit der privaten Wirtschaft herzustellen. Dies sind die Kernsätze eines aktuellen Gutachtens von Prof. Dr. Hans D. Jarass, Universität Münster.

Die geltende Gemeindeordnung setze aus Sicht des VKU den Stadtwerken unangemessen enge Grenzen, beispielsweise beim Aufbau neuer Geschäftsfelder, weil dadurch angeblich private Unternehmen, insbesondere das Handwerk, benachteiligt würden. Ob für die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Zweck gegeben ist, unterliegt nach Prof. Jarass einem Beurteilungsspielraum der Gemeinden. www.vku.de

Zusammenstellung: ulj



Private Entsorgungswirtschaft:

ver.di fordert 6,5 Prozent

Die ver.di-Tarifkommission hat für die ca. 160 000 Beschäftigten der privaten Entsorgungswirtschaft die Forderungen für die anstehende Tarifrunde beschlossen. Im einzelnen wurden neben der Kündigung des Bundesentgelttarifvertrages (BETV) zum 30. April 2002 folgende Forderungen beschlossen:

- die Erhöhung der Ecklöhne um 6,5 Prozent
- die Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 6,5 Prozent
- eine Laufzeit von 12 Monaten
- sowie der Wegfall der Einstiegsentgelttarifregelung

Erhard Ott, zuständiges Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes, erklärte, dass sich die Forderungen sowohl an der Preissteigerungsrate, an den Rationalisierungsmaßnahmen und damit verbundener Arbeitsplatzabbau sowie der erzielten Produktivitätssteigerung orientiert habe. „Durch die Einführung neuer Technologien ist in den vergangenen Jahren im Bereich der privaten Entsorgungswirtschaft erheblich Personal abgebaut worden“, betonte Ott. „Die Produktivität hat deutlich zugenommen. Es ist an der Zeit, die Beschäftigten an den durch sie erarbeiteten Gewinnen angemessen zu beteiligen.“

Im weiteren erklärte Ott, dass die Voraussetzungen für spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen auch durch Lohnzurückhaltung in den letzten Jahren und die zweijährige Laufzeit des Tarifvertrages gegeben seien.

Der Wegfall der Einstiegsgehälter, die sich am regionalen Tarifniveau des Speditionsgewerbes orientieren, sei sinnvoll, erklärte Ott weiter. Sie hätten sich nicht bewährt. Entgegen den Absichtserklärungen der Arbeitgeber seien keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen worden.

Die jetzt beschlossenen Forderungen sind das Ergebnis einer intensiven bundesweiten Diskussion in den Betrieben und den ver.di-Landesbezirkstariffausschüssen der privaten Entsorgungswirtschaft.

Stress und Ausgebranntsein

Eine Untersuchung langzeit-kranker Angestellter in Schweden

Im April 2001 organisierte der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) einen weltweiten Workshop zum Thema „Stress and Burnout“. Nun liegt die Dokumentation der Ergebnisse vor: Die Broschüre „Stress und Ausgebranntsein – ein wachsendes Problem für Angestellte“ kann bei Monika Weiss, IG Metall, angefordert werden: e-mail: monika.weiss@igmetall.de; Tel: 069-6693-2462. Sie ist aber auch per Download erhältlich: http://www.imfmetal.org/imf/main/main_publications.cfm. Besonders beeindruckend sind die Forschungsergebnisse von Medizinern und Psychiatern des Karolinska Instituts in Stockholm (Seite 12 bis 29 der Dokumentation). Die schwedischen Wissenschaftler untersuchten die Hintergründe des dramatischen Zuwachses an Langzeitkranken.

„Die Anzahl der Personen, die sich seit über einem Jahr auf Krankheitsurlaub befinden, hat sich zwischen 1992 und 2002 verdoppelt. Dieser Aufwärtstrend war seit der zweiten Hälfte des Jahres 2000 besonders markant. Wenn nichts gegen diese Entwicklung getan wird, dürfte sich die Zahl innerhalb von 3 bis 4 Jahren erneut verdoppeln.“ (S. 13)

In Zusammenarbeit mit den schwedischen Versicherungsinstitutionen hatte man in Schweden ALLE (!) Langzeitkranken (Krankschreibungen von länger als 3 Monaten) angeschrieben und zu einer systematischen Untersuchung und Befragung eingeladen. Im Folgenden dokumentieren wir den Text von Marie Åsberg, Åke Nygren und Gunnar Rylander im vollen Wortlaut.

Marie Åsberg, Åke Nygren und Gunnar Rylander

Arbeitsbezogener Stress und seine Folgen¹

Das für die nachstehend dargelegte Arbeit verwendete Material stammt von Alecta (Versicherungsunternehmen) und aus den Unterlagen von AFA (Schwedens Arbeitsmarktvorsicherungsunternehmen). Aus epidemiologischer Sicht ist dieses Material äußerst wertvoll, da es alle Kategorien von Personen erfasst und uns ermöglicht, Beispiele auszuwählen, die für die Erfordernisse der Untersuchung am Besten geeignet sind.

Dramatische Zunahme der Langzeitkranken und Symptome psychischer Störungen

Wie die Untersuchung zeigt, hat es im letzten Jahrzehnt in Schweden eine dramatische Zunahme der Anzahl von Menschen gegeben, die Krankheitsurlaub genommen haben. Nach einem leichten Rückgang des Trends Mitte der neunziger Jahre sind die Zahlen seit der Jahrhundertwende erneut gestiegen.

Die Anzahl der Personen, die sich seit über einem Jahr auf Krankheitsurlaub befinden, hat sich zwischen 1992 und 2002 verdoppelt. Dieser Aufwärtstrend war seit der zweiten Hälfte des Jahres 2000 besonders markant. Wenn nichts gegen diese Entwicklung getan wird, dürfte sich die Zahl innerhalb von 3 bis 4 Jahren erneut verdoppeln.

Die Folge war eine Explosion der Krankheitsurlaubs-kosten. Sie stiegen von 1,7 Milliarden US\$ im Jahre 1998 auf 3,3 Milliarden US\$ im Jahre 2000 steil an. Parallel zu dieser Entwicklung hat es auch eine Zunahme der Anzahl von Personen gegeben, die psychiatrische Hilfe benötigten und Depressionssymptome aufwiesen.

Ersten Ergebnissen von Forschungsarbeiten des Karolinska Instituts zufolge werden bei Angestellten immer häufiger Symptome psychischer Störungen diagnostiziert, während Muskel- und Knochenkrankungen abnahmen. Fast 30% derer, die in Schweden über 90 Tage auf

Krankheitsurlaub sind, weisen Symptome psychischer Störungen auf. Bei Arbeitern lauten die weitaus meisten Diagnosen hingegen immer noch auf Muskel- und Knochenkrankungen. Im Berichtszeitraum haben psychische Störungen in dieser Kategorie von Arbeitnehmern sehr geringfügig zugenommen.

Im Rahmen der Forschungsarbeit hat das Institut eine Erhebung über aufgetretene Probleme vorgenommen und konzentriert sich nunmehr auf Geisteskrankheiten, wobei es vorhandene Datenbanken benutzt und mit Fachleuten aus dem In- und Ausland zusammenarbeitet. Im Januar 2001 fand ein Seminar mit prominenten Fachleuten aus mehreren Ländern statt, um den Stand der Forschung in diesem Bereich zu beurteilen und Erfahrungen auszutauschen.

Stress und Ausgebranntsein gehören zu Hauptursachen eines langen Krankheitsurlaubs von Angestellten. Während 1998 Schmerzen der unteren Rückenpartie zu den verbreitetsten Beschwerden zählten, standen 2000 Stress und Depression an erster Stelle, an zweiter Stelle standen Stress und Ausgebranntsein.

Zunahme von Depressionen – was sind Depressionen im klinischen Sinne?

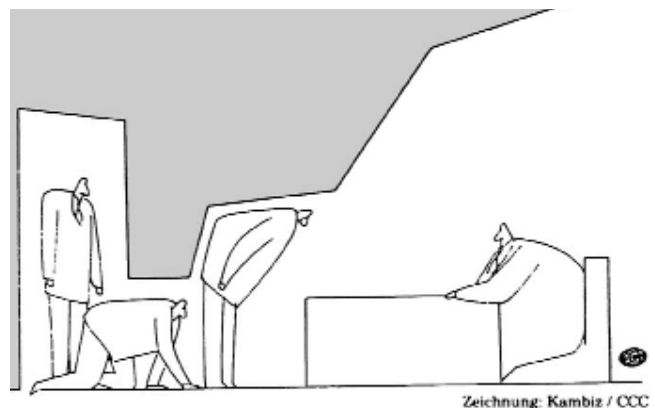
Für die Zunahme der Depression mag es mehrere Gründe geben. Es ist möglich, dass das, was vor zehn Jahren als Rückenschmerzen bezeichnet wurde, heute als Depression bezeichnet wird, oder Menschen reden weitaus offener als früher über psychische Symptome. Ein weiterer Grund könnte eine Änderung der Entschädigungspraxis sein. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass immer mehr Menschen unter Ausgebranntsein leiden und keine angemessene medizinische Hilfe erhalten.

Zum Verständnis von Depression ist es nützlich, die wesentlichen Emotionen zu berücksichtigen, die alle Menschen ungeachtet ihrer Geburt oder kulturellen Herkunft gemeinsam haben. Alle wesentlichen Emotionen – z.B. Freude, Trauer, Angst und Überraschung – haben ihre spezifischen Gesichtsausdrücke und lassen sich leicht feststellen. Es gibt eine Reihe weiterer Emotionen, die als „kognitive Emotionen“ bezeichnet werden, wie Liebe, Stolz, Schuld, Scham, Eifersucht und Verlegenheit.

Wenn eine Emotion länger anhält, wird sie als Stimmung bezeichnet. Stimmungen haben nichts Psychologisches an sich, doch wenn die Stimmung erheblich über das hinausgeht, was sie ausgelöst hat, oder wenn sie normales Handeln behindert, lässt das auf ein Anzeichen von Krankheit oder Störung schließen. Trauer ist der zentrale Punkt der Depression, und Gedanken stehen in Einklang mit dieser Trauer. Sie ist häufig von depressiven Gedanken, Konzentrationsproblemen und einem Mangel an Initiative und Engagement begleitet. Die meisten Menschen, die unter Depressionen gelitten haben, hatten zu diesem oder jenem Zeitpunkt Selbstmordgedanken. Es gibt auch physische Symptome wie Schlafstörungen und Appetitlosigkeit.

In manchen Fällen sind alle Symptome der Depression vorhanden und sehr stark, in anderen zeigen sich nur wenige, und sie werden weniger bemerkt.

Auf der Grundlage dieses Wissens ist es möglich, die Schwere der Depression ziemlich genau festzustellen. Zwar lassen viele Menschen nur wenige Symptome der Depression erkennen, doch eine bedeutende Anzahl von ihnen sind Grenz-



fälle. Es wurden eine Reihe von Kriterien aufgestellt, um die Symptome der Depression diagnostizieren zu helfen. Seit Anfang der achtziger Jahre haben Ärzte ein statistisches Handbuch der Amerikanischen Psychiatrischen Vereinigung verwendet.

Um als unter Depression leidend diagnostiziert zu werden, muss die Person funktional beeinträchtigt sein, ein subjektives Leiden und eine bestimmte Anzahl von Symptomen mit einem gewissen Schweregrad aufweisen. Das ermöglicht Psychiatern, die gleiche Methodologie zu verwenden, um die epidemiologische oder psychiatrische Krankheit auf systematischere und präzisere Weise festzustellen, als es bisher möglich war.

Epidemiologische Untersuchungen haben ergeben, dass 20% der Bevölkerung zu dem einen oder anderen Zeitpunkt in ihrem Leben eine Depressionskrankheit haben und rund 5% unter Depression leiden, die heute eine verbreitete Krankheit ist. Neu ist die rasche Zunahme von Depressionskrankheiten, was unterstrichen werden muss.

Das Spezifische der Depressionen von langzeitkranken Angestellten

Das Karolinska Institutet führt eine Untersuchung durch, um Strategien für Behandlung und Rehabilitation aufstellen zu können. Angestellte, die über 3 Monate auf Krankheitsurlaub waren, wurden zur Teilnahme an der Forschungsarbeit eingeladen. Alle Beteiligten sind in der Privatwirtschaft in mittleren Positionen tätig. Es werden Daten über ihren Gesundheitszustand, ihre Persönlichkeit und ihre Probleme am Arbeitsplatz gesammelt und verarbeitet.

Die meisten Patienten sind über 40 Jahre alt, und die größte Altersgruppe zwischen 50 und 59. 60 war die Altersgrenze. Auch einige junge Menschen wurden in die Untersuchung aufgenommen. Interessanterweise überwiegen Frauen in allen Altersgruppen.

Wie aus der Tabelle (hier nicht abgedruckt, d. Red.) hervorgeht, ist Depression bei weitem die verbreitetste Diagnose, und Frauen sind stärker betroffen als Männer.

Wie zu erwarten war, leiden Menschen, die in einer psychiatrischen Klinik sind, weit stärker unter Depression als die in dieser Studie erfassten Patienten. Die meisten der in Kliniken untergebrachten Personen haben seit vielen Jahren Probleme bei ihren Beziehungen zu anderen. Manchmal leiden bis zu 80% von ihnen unter schweren Persönlichkeitsstörungen.

In der Gruppe der Langzeitkrankheitsurlaubspatienten, die in dieser Studie untersucht wurden, waren Persönlichkeitsstörungen hingegen äußerst selten. Sie sind völlig „normale“ Menschen und weisen nicht die Merkmale auf, die in der Regel bei psychiatrischen Patienten zu finden sind.

Aus Forschungsarbeiten geht jedoch

hervor, dass diese Menschen sehr hart gearbeitet haben, manchmal sind sie ehrgeizig und haben Schwierigkeiten, sich selbst Grenzen zu setzen. Sie sind nie damit zufrieden, was sie getan haben, und arbeiten deshalb noch härter. Aus der Sicht eines Arbeitgebers sind sie perfekte Angestellte, stets verlässlich, stets bereit, abends länger zu bleiben oder morgens früher zu kommen.

Das Fehlen von physischen Symptomen ist eine seltene Ausnahme. Allgemeine körperliche Symptome sind Schmerzen, vor allem in der unteren Rückenpartie, der oberen Halspartie und Kopfschmerzen. Manche Männer haben hohen Blutdruck. Zwei Drittel der Patienten leiden unter Symptomen, die mit chronischen Schmerzen verbunden sind.

Auf die Frage über die wahrscheinliche Ursache ihrer Krankheit meinten 60%-70% der Patienten, das sei ihr Arbeitsplatz. Ferner wurden Familienprobleme genannt, vor allem von Frauen, die dem doppelten Druck von Arbeits- und Familienproblemen stärker ausgesetzt sind als Männer.

Dramatisch ist, dass über 60% dieser Patienten schon einmal an Selbstmord gedacht haben, rund 30% im vergangenen Jahr, und 15% haben sogar einen Selbstmordversuch unternommen. Obwohl sie als „normale“ Menschen eingestuft werden, weisen sich somit eine gewisse Verwundbarkeit auf, was vielleicht dazu beigetragen hat, dass sie Probleme am Arbeitsplatz hatten.

Die meisten Menschen konnten genau sagen, wann sie einen Zusammenbruch haben würden. Es war häufig das Ergebnis einer langen Krise, die erst nach Monaten oder gar erst nach Jahren an die Oberfläche kam. Die Erschöpfungsspirale begann mit Schmerzen, dann kamen Schlafstörungen, ein Energieverlust, Konzentrationsprobleme usw. Das ist ein Prozess, der sich über mehrere Jahre entwickelt und in einigen Fällen zu Selbstmordgedanken führt. Es dauert lange, bis sich die Syndrome entwickeln, aber es dauert auch lange, sie wieder zu heilen.

Zusammenhänge mit der Reorganisation der Arbeit

Eines der am stärksten beunruhigenden Probleme ergibt sich aus der wiederholten Reorganisation des Arbeitsplatzes. Der Zweck einer solchen Umstrukturierung ist in der Regel, die Produktivität durch Personalabbau zu verbessern, indem mehr Arbeit von weniger Menschen geleistet wird. Wer seinen Arbeitsplatz behält, muss mehr Aufgaben erfüllen und ist stärkerem Arbeitsdruck ausgesetzt. Das führt zu Erschöpfung und schließlich zu traumatischen Erfahrungen. Diese Erkenntnisse decken sich mit Daten von Personen in Schweden, die nicht auf Krankheitsurlaub sind. Das Schwedische Statistische Amt führt jedes Jahr Interviews mit einer Querschnittsauswahl der erwerbstätigen Bevölkerung durch und stellt ihnen Fragen zu ihrer Er-

fahrung mit Stress und psychologischen Beschwerden bei der Arbeit. Wie das Diagramm (hier nicht abgedruckt) zeigt, nahm 1997 der arbeitsbedingte Stress zu, zunächst bei Frauen, und dann ein Jahr später auch bei Männern. Es ist schwer zu erklären, warum das 1997 geschah. Vielleicht war es zu einer allmählichen Zunahme der Spannungen aufgrund der Unternehmensreorganisation und -umstrukturierung gekommen, die mehrere Jahre zuvor begonnen hatte. Fast 40% der Ärzte in Schweden haben unter Ausgebranntsein gelitten. Das ist der Grund, warum so viele von ihnen nunmehr auf Krankheitsurlaub sind – eine Entwicklung, die vorher in Schweden unvorstellbar war.

Stress und Ausgebranntsein – was ist zu tun?

Das Phänomen des Ausgebranntseins hat in der schwedischen Presse viel Beachtung gefunden und ist viel erörtert worden. Zwischen 1997 und 2000 hat es eine zehnfache Zunahme der Artikel gegeben, die sich mit dieser Frage befassen. Stress verursacht Probleme im Muskelsystem und beim Kreislauf, was das potentielle Risiko von Herzinfarkten verstärkt. Er wirkt sich auch auf das Gehirn aus und verursacht Erschöpfung und Depression. Mehrere Formen der Behandlung wurden entwickelt, um Stress und Ausgebranntsein zu bekämpfen, wie die chinesische holistische Praxis, Akupunktur, Reflexzonentherapie und Bachblütentropfen usw. und die in manchen Fällen äußerst teuer sein können. Zur Zeit gibt es jedoch keine bekannte wirksame Behandlung für das Ausgebranntsein. In der Hoffnung, dass es eines Tages eine wirksame Behandlung gibt, sollten Anstrengungen unternommen werden, um Depression festzustellen und zu behandeln, Menschen beizubringen, wie sie sich entspannen können, und andere Strategien festzustellen, um gegen Stress und Ausgebranntsein vorzugehen, und möglicherweise eine Form der Psychotherapie zu entwickeln, die sich auf die Probleme der Menschen konzentriert. Schließlich muss etwas über den Arbeitsplatz und das Arbeitsleben getan werden.

Wilfried Gleißmann – Ergebnisse eines internationalen Workshops des IMB

1 Zitiert nach: http://www.imfmetal.org/imf/main/main_publications.cfm. Ich habe hier den gesamten Text dokumentiert (ohne Grafiken) Die Zwischenüberschriften sind von mir. Wilfried Gleißmann

2 Marie Åsberg und Åke Nygren sind Ärzte am Karolinska Institut in Stockholm. Das Karolinska Institutet ist die einzige Universität in Schweden, die sich nur mit Medizin befasst. Ihre Forschungen machen fast 50% der staatlich finanzierten medizinischen Forschung im Lande aus. Das Karolinska Institutet ist auch berühmt für Nobelpreisträger in Physiologie und Medizin. Marie Åsberg, PhD, ist Spezialistin in Psychiatrie und Mitglied zahlreicher Ausschüsse bei Karolinska. Åke Nygren, PhD, ist Vollzeitforscher und hat eine Professur in Vorbeugung. Gunnar Ryländer, MD, PhD, ist Spezialist in Psychiatrie.

Mehr als 20.000 protestieren in Kopenhagen

Dänemark: Sozialpolitische Maßnahmen der Rechtsregierung lösen Unruhe aus

Am vergangenen Mittwoch (20.3.) fand in Kopenhagen eine landesweite Demonstration gegen die Politik der im letzten Herbst neu gewählten dänischen Regierung statt. Anlass war die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes. Das Gesetz sieht Kürzungen im Umwelt- und Arbeitsschutz, bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in weiten Teilen des Ausbildungssystems, im Kultursektor und im sozialen Bereich vor. Die Demonstration wurde von einem breiten Bündnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen getragen, wobei die Beteiligung Hunderter von Basisgruppen und Gliederungen der Gewerkschaften besonders auffällig war.

Im Zuge der vehementen Angriffe der neuen Regierung ist die dänische Gewerkschaftsbewegung aufgewacht. Dem Rasmussen-Kabinett geht es nicht unerwartet vor allem darum, den Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen und die demokratischen Rechte der Beschäftigten zu beschneiden. So soll das Recht der Gewerkschaften abgeschafft werden, Tarifverträge über Teilzeitbeschäftigung abzuschließen. In den letzten Wochen wurde ein Gesetzesvorhaben lanciert, das Boykotte und Blockaden gegen Betriebe illegalisieren soll, die einen Tarifvertrag mit gelben Gewerkschaften abschließen. Das Konfliktpotential dieses Vorhabens ist erheblich, da die Exklusivverträge ein Kernstück der bisherigen Arbeitsverfassung sind. In den 1980er Jahren führte ein ähnliches Vorhaben der damaligen konservativen Regierung zu massiven Streikbewegungen und musste schließlich aufgegeben werden. Die Gewerkschaften kritisieren außerdem, dass die Regierung mit den Streichungen im Umweltschutzbereich auch die Ressourcen der Arbeitsaufsicht (=Berufsgenossenschaften) verringert und die Vorschriften zur Unfallverhütung verschlechtert hat.

Vor einigen Wochen fand in Silkeborg (Jütland) die größte Konferenz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute seit mehr als zehn Jahren statt. Die 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer repräsentierten ein breites Spektrum der betrieblichen Linken. Die Konferenz nährt die Hoffnung, dass sich eine starke Strömung für eine Erneuerung der Gewerkschaften entwickeln könnte. In den vergangenen Jahren hatte die Gewerkschaftsführung sich durch Zurückhaltung in Konfliktsituationen und zuletzt durch Korruptionsaffären in Misskredit gebracht. Am vergangenen Mittwoch kam es anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes auch zu einigen wilden Streiks. Besonders die Arbeitsniederlegung auf dem Kopenhagener Flughafen hat für Aufsehen gesorgt, da sie zur Absage von mehr als 100 Flügen geführt hat. Insgesamt beteiligten

sich über 4000 Beschäftigte in etwa 30 Betrieben an den Proteststreiks, im Zusammenhang mit der Großdemonstration. Auf der Abschlusskundgebung vor dem Parlamentsgebäude rief der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes (LO), Hans Jensen, zu einer kämpferischen Antwort auf die Angriffe der Regierung auf. Gleichzeitig trat er für eine selbstkritische Revision der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Politik ein.

Neben der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes fand am 20.3. auch eine weitere Lesung der geplanten reaktionären Ausländergesetze statt, die die Bedingungen für den größten Teil der Flüchtlinge und Migranten in Dänemark erheblich verschlechtern werden. Zur Durchsetzung beider Gesetzesvorhaben hat sich die konservativ-liberale Regierung unter Ministerpräsident Fogh Rasmussen der Unterstützung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei versichert. Mittlerweile hat sich die Sozialdemokratische Partei allerdings bereit erklärt, den beiden Gesetzespaketen in einzelnen Punkten zuzustimmen, wie bei der Ausweitung der Mittel für das Gesundheitswesen. Dies stößt auf die Kritik von Teilen der Linken, die die Politik der neuen Regierung als Projekt kritisieren und nicht einzelne Teile dieses Projektes durch ihre Zustimmung legitimieren wollen.

Die Unruhe, die die Politik der Rechtsregierung ausgelöst hat, ist keineswegs auf die Gewerkschaftsbewegung beschränkt. Die Organisationen der Flüchtlinge und Migrant/innen und der Studierenden, der Künstlerinnen und Künstler, Umweltschutzorganisationen und ein großer Teil der Gewerkschaftsbewegung kamen in eigenen Zügen zur Abschlusskundgebung. Ein Vertreter des Zusammenschlusses der Einwandererorganisationen rief dazu auf, Dänemark zu einer „Supermacht für Demokratie, Menschenrechte, Toleranz und Humanismus zu machen“. Kritisiert wurden auch die Schließung bzw. Entrechtung zahlreicher regierungskritischer Organisationen, die seit dem Regierungswechsel stattgefunden hat. Künstlerinnen und Künstler warfen der Regierung „Engstirnigkeit und Intoleranz“ vor und machten auf die Kürzungen im Kulturbereich aufmerksam, die besonders für weniger bekannte Kulturschaffende existenzbedrohende Ausmaße angenommen haben. Die Demonstrantinnen und Demonstranten waren sich darin einig, dass der 20. März nur der Anfang der Protestbewegung gewesen sei. Am 1. Mai sollen die Proteste fortgesetzt werden.

22.3.2002. Der Artikel wurde zugeschickt von P.B., Hamburg

Verbraucherschützer verderben Versicherungswirtschaft das Geschäft. – HB, Mittwoch, 13.3.02. –

Die Lebensversicherer haben ihre Wachstumsprognose in 2001 deutlich verfehlt. Vor allem das Geschäft mit der staatlich geförderten Privatrente verlief nach Angaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft enttäuschend. „Bisher haben erst 1,5 Millionen Arbeitnehmer eine Riester-Police abgeschlossen, nur einer von 20 Förderberechtigten“. Dafür macht er die Empfehlungen der Verbraucherschützer verantwortlich. „Sie haben wiederholt gewarnt, private Verträge abzuschließen, bevor die ebenso geförderten betrieblichen Angebote vorliegen“, so G. Rupprecht, Sprecher der Lebensversicherer.

Banken kritisch gegen Finanzmarktförderungsgesetz. – HB, Donnerstag, 21.3.02. –

M. Weber, Bundesverband deutscher Banken äußerte, dieses Gesetz, das eine Schadensersatzregelung bei falschen Informationen und verschärften Haftungsregeln für fehlerhafte Beratung einführt, sei von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Finanzplatzes Deutschland. Er kritisierte jedoch die vorgesehenen Regelungen für börsenähnliche Einrichtungen und den automatisierten Abruf von Informationen über alle 400 Millionen in Deutschland geführten Konten zur Unterstützung der Strafverfolgung.

Dosenpfand stark angefeindet. – FAZ, Donnerstag 21.3.02. –

Das Pfand auf Einwegverpackungen für Getränke soll ab 1.1.03 eingeführt werden soll. Der BDI warnte, das Zwangspfand koste in der kommenden Legislaturperiode 3 Mrd. Euro. Dem stehe eine marginale Entlastung der Umwelt entgegen. Die Handelsverbände erwarten, dass vor Bekanntmachung der Pfandpflicht eine wirtschaftlich und ökologisch vernünftige Lösung vereinbart werde. Die Unternehmen würden alle rechtlichen Mittel bis zum Bundesverfassungsgericht ausschöpfen, um das Pfand abzuwenden. Die deutsche Entsorgungswirtschaft befürchtet, dass sich nach Einführung des Pflichtpfandes die bisherige Altglassammlung in Containern wirtschaftlich kaum noch lohnen werde, da die Glasmengen deutlich zurück gingen.

Wirtschaft greift in den Wahlkampf ein. – HB, Freitag/Samstag 22./23.3.02. –

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat als erster Spitzenverband der deutschen Wirtschaft Prüfsteine für die Bundestagswahl am 22. 9. vorgelegt. Die BDA und der BDI werden ihre Prüfsteine im Mai präsentieren.

Presseauswertung: rst

Zum PDS-Parteitag meint Wolfgang Hübner vom Neuen Deutschland: „Am Ende tanzte die PDS-Spitze Hiphop.

Sie hatte allen Grund dazu. Denn der Rostocker Parteitag lief wie am Schnürchen. Am erstaunlichsten war, dass die Mitteilung von Gabriele Zimmer, sie und andere Vorsitzende von europäischen Linksparteien plädierten für eine internationale UN-Schutztruppe im Nahen Osten, ohne jede Reaktion blieb. Oder ist es doch nicht erstaunlich, dass die Delegierten reglos hinnahmen, was vor drei Jahren in Münster für Eruptionen gesorgt hatte? Damals hatte eine Mehrheit nach wochenlangem harten Streit jegliche internationale Militäreinsätze zur Lösung von Konflikten abgelehnt. In der Folge wurde argwöhnisch darüber gewacht, dass diese Beschlusslage nicht aufgeweicht würde. Was ist in den drei Jahren passiert? Ist die Ratlosigkeit in der PDS angesichts schier grenzenloser Gewalt in Nahost so groß, dass es den Pazifisten die Sprache verschlügt?

Vielleicht ist auch nur etwas eingetreten, was einige der in Münster Unterlegenen vorausgesagt hatten: Das Leben richtet sich nicht nach Parteitagsbeschlüssen. Es bleibt abzuwarten, wie die Schutztruppen-Initiative in der linken Öffentlichkeit aufgenommen wird. Als Anzeichen für die verzweifelte Flucht in militärische Konfliktlösungen kann sie kaum verstanden werden, denn sie soll Raum schaffen für Verhandlungen. Skepsis bleibt dennoch angeraten, denn das Militärische gewinnt schnell Eigendynamik. Auch die Bundeswehr schickte vor Jahren Sanitäter und Brunnenbauer in Krisengebiete. Heute kämpfen Elitesoldaten in Afghanistan.

Die PDS-Führung nimmt es vorerst pragmatisch: Sie will sich neuen Wegen der Friedenssicherung nicht verschließen, verweigert sich aber der militarierten Außenpolitik von Rot-Grün. Überhaupt wurde in Rostock immer wieder laut und deutlich versichert, die derzeitige Politik der Bundesregierung sei für Sozialisten nicht koalitionsfähig ...“

Arnold Schölzel von der Jungen Welt meint zum PDS-Parteitag:

„Ein Schlüsselsatz in der Rede von Roland Claus auf dem Rostocker PDS-Parteitag lautete sinngemäß: ‚Wer Wahlsieger werden will, muß auch vorher wie ein Wahlsieger aussehen.‘ Völlig zurecht wies er den Vorwurf zurück, die geräuschlose Debatte um das Wahlprogramm der Partei sei auf eine Parteitagsregie zurückzuführen. Regie ist tatsächlich längst das falsche Wort, angemessener wäre ‚Styling‘ oder ‚Dressing‘, wegen der Nähe zur synthetischen Soße. Das gilt fürs Äußere, da werden Visagisten und Stilberater entscheidend. Kontroversen wirken in Shows eher peinlich.

‚Voller Lohnausgleich‘ bei Kürzung der Arbeitszeit – in Minuten erledigt und abgelehnt. Vor ein paar Jahren wurde dafür noch wochenlang gestreikt, in Frankreich hat die amtierende Regierung auf diesem Gebiet etwas bewegt. Das gilt für den Ablauf: Der war in Rostock wie in Berlin ein Routinevorgang. Sind die Formulare vollständig ausgefüllt, ist die Welt in Ordnung. Für den Rest ist das Führungspersonal zuständig: Am Sonnabend teilte Dietmar Bartsch per *Frankfurter Rundschau* mit, daß die PDS sich so oder so verhalten kann, ob beim Zuwanderungsgesetz ... oder beim Militär: Etwas Bundeswehrverkleinerung, aber kein Wort zum NATO-Austritt (Bartsch: ‚Die PDS ist in ihrem Wahlprogramm realpolitisch‘). Der entsprechende Antrag fiel durch.

Die PDS zieht in den Wahlkampf als Antikriegspartei. Sie sollte beim Wort genommen werden. Der Eiertanz, den sie in dieser Frage vor den Berliner Wahlen aufgeführt hat, legt allerdings nahe, dass diese Position die nächste Übernahme von ‚Verantwortung‘ kaum übersteht.“

Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitag der PDS zum LV Hamburg:

Der 7. Parteitag stellt fest, dass im Landesverband Hamburg eine konfliktreiche, die Handlungsfähigkeit einschränkende und dem öffentlichen Ansehen der PDS abträgliche Situation eingetreten ist.

Der Parteitag spricht die Erwartung aus, dass an der für den 20./21. April 2002 einberufenen Landesversammlung alle Mitglieder und Sympathisanten der PDS in Hamburg, denen an einer erfolgreichen Entwicklung der PDS in Hamburg gelegen ist, teilnehmen. Das Ziel dieser Landesversammlungen besteht in einer offenen, freimütigen und fairen Diskussion zu den inhaltlichen Schwerpunkten und zu lösenden Aufgaben im Landesverband Hamburg in Vorbereitung der Bundestagswahlen sowie der Wahl eines neuen Landesarbeitsausschusses.

Der Parteitag nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass Kersten Naumann (Sprecherin des Parteirates), Peter Porsch (Sachsen), Heinz Vietze (Brandenburg) und Volker Steinke (Sprecher des Parteirates) als Gäste und Beobachter an dieser Landesversammlung teilnehmen, um zu gewährleisten, dass auf der Grundlage des Statuts und der Satzung der PDS die Rechte der Mitglieder uneingeschränkt gewährt werden.

Der Parteitag nimmt zur Kenntnis, dass im Monat Mai auf einer weiteren Landesversammlung die Wahl der Liste für die Bundestagswahlen vorgesehen ist. Die Leitung dieser Landesversammlungen erfolgt jeweils durch eine Vertreterin des Landesarbeitsausschusses, der Antragsteller P.2. / P.3. und einen Gast.

Zusammenstellung: jöd

Bildungsfragen werden wieder breit diskutiert. PISA heißt das Stichwort: Auf Titelseiten, in Talkshows, in Arbeitgeberverbänden. Die Ergebnisse der internationalen PISA-Studie haben vor allem die Herrschenden geschockt. In dem Moment, wo sie sich anschicken, weltweit in der Champions-League mitspielen zu wollen, bescheinigt ihnen die PISA-Vergleichsstudie über das Bildungssystem in 32 Ländern nur Platz 20 bis 25 in den Ranglisten der getesteten Schülerleistungen. Das „Forum Bildung“, die große Konsensrunde bei Bundesbildungsministerin Bulmahn, veröffentlicht in Kenntnis der PISA-Ergebnisse zwölf Empfehlungen. Seitdem werden die Kultusminister aller Bundesländer nicht müde, ihre schon vorhandenen Pläne als Rezepte zur Behebung der Bildungskrise zu verkaufen.

Was ist PISA?

PISA ist ein mehrjähriges Programm zur Erfassung grundlegender Kompetenzen der nachwachsenden Generation. In den 32 beteiligten Ländern wurden bei 180 000 fünfzehnjährigen Schülern in Klasse 9 Lesekompetenz und mathematisch-naturwissenschaftliche Grundbildung mit einem Fragebogen getestet. Vorgegebene Antworten sollten ausgewählt, andere in freier Formulierung beantwortet werden. Lernbereitschaft und Kommunikation wurde durch freie Schülerantworten getestet. Mit einem extra Schülerfragebogen wurde das Lernverhalten der Schüler, mit einem Elternfragebogen wurden Angaben zur sozialen Familiensituation erhoben. Die Schulleiter der Testschulen wurden zur Schulsituation befragt. Die Schüleraufgaben waren in Testeinheiten zusammengefasst, die sich auf realitätsnahe Situationen bezogen.

2003 folgt ein ähnlicher Test, Schwerpunkt mathematische, 2006 einer zu fächerübergreifender Kompetenz und 2009 wieder einer zu Lesekompetenz. In der BRD nahmen 5000 SchülerInnen aus 29 Schulen teil, nach Zufallsstichproben ausgewählt. Als PISA-E gab es darüber hinaus in der BRD noch einen nationalen Ergänzungstest für 50.000 Schülerinnen aus 1500 Schulen. Der ist erst im Juni, also noch vor der Bundestagswahl 2002 ausgewertet. PISA wird uns also noch in den nächsten Jahren bildungspolitisch beschäftigen.

Welche Ergebnisse hatte der PISA-Vergleichstest bei den Schülerleistungen?

Von den vielen Einzelergebnissen – alles in allem umfasst die Auswertung 500 Seiten – muss man feststellen, dass in der Lesekompetenz 10% der SchülerInnen im OECD-Raum die höchsten Leistungen erreichen, in der BRD nur 9%. In Estland, Australien, Kanada, Finnland, Neuseeland sind es dagegen sogar 15%. Im OECD-Durchschnitt erreichen 6% der SchülerInnen nicht die unterste Lesekompetenzstufe – in der BRD aber 10%.

Nach PISA

Weitere 13% erreichen hier gerade die unterste Kompetenzstufe. Bei der mathematischen Grundbildung liegt die BRD zwischen Rang 19 und 23 – und damit gerade im Mittelfeld. Es fällt auf, dass in allen getesteten Leistungsfeldern die Schüler aus immer denselben Ländern an der Spitze liegen, nämlich aus Finnland, Kanada, Japan, Südkorea, Neuseeland, Australien, Schweden.

Die Leistungsunterschiede sind in Ländern mit einem in Haupt- und Realschule und Gymnasium gegliederten Schulwesen besonders hoch (Schweiz, Belgien, Deutschland), während sie in Ländern mit einem einheitlichen, integrierten Schulsystem nicht so breit streuen. PISA zeigt, dass eine breite Beteiligung an Bildungsgängen zu höheren Abschlüssen und die Sicherung eines hohen Leistungsniveaus gleichzeitig realisierbar sind. Das heißt, ein hohes Leistungsniveau bedarf nicht notwendig einer frühen und scharfen Auslese. Beispiel: Finnland, Schweden, Island.

In Deutschland liegen die Bildungsinvestitionen unter dem OECD-Durchschnitt

Außerdem wird in der BRD im Vergleich sehr wenig in vorschulische Bildung und in die von allen Kindern gemeinsam besuchte Grundschule investiert, in die Sekundarstufe II dagegen relativ viel mehr. PISA zeigt, dass in allen Ländern die Bildungsressourcen mit den Schülerleistungen deutlich zusammenhängen. Die

Schulleiterbefragung zeigt auch Gründe für das schlechte Abschneiden der BRD: Fachlehrermangel, volle Klassen. PISA hat ergeben, dass in Klassen mit weniger als 20 SchülerInnen die Leistungen in Mathematik und Lesen deutlich besser sind.

In der BRD wirkt sich der soziale Hintergrund besonders stark aus

PISA zeigt, dass sich ein ungünstiger sozialer Hintergrund von allen Faktoren am stärksten auf die Leistungen auswirkt. In einigen Ländern gelingt es jedoch dem Schulsystem besser, trotzdem ein überdurchschnittliches Leistungsniveau zu erreichen: Kanada, Finnland, Island, Schweden, Japan, Südkorea. Diese Länder haben alle einheitliche, integrierte Schulsysteme. Dagegen wird in der BRD die Ungleichheit durch das gegliederte Schulsystem verstärkt. Das zeigt sich auch bei den Immigrantenkindern. Andere Länder in ähnlicher Lage, wie Norwegen, Schweden, Österreich oder die Schweiz, erzielen dort bessere Ergebnisse.

Das deutsche Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung

Die angebliche Durchlässigkeit unseres Schulsystems ist nur eine nach „unten“: Auf einen „Aufsteiger“ in die Realschule oder das Gymnasium kommen 11 bzw. 18 „Absteiger“. Überhaupt ist das Sitzenbleiben und das Zurückstellen oder

„freiwillige“ Zurückgehen eine deutsche Besonderheit. So kommt es denn, dass bei uns nur 64% der 15-Jährigen ohne Laufbahnverzögerung in der Schule sitzen – in Finnland sind das 100%. Anstatt auszugleichen, zu mildern oder zu kompensieren, verschärft unser Schulsystem die Selektion.

Wer hat PISA in Auftrag gegeben – und warum?

Die OECD, eine Einrichtungen der Regierungen, die ursprünglich die Marshallplangelder betreute, will den beteiligten Regierungen vergleichende Daten über Ressourcenausstattung, individuelle Nutzung sowie über Funktions- und Leistungsfähigkeit ihrer Bildungsausgaben zur Verfügung stellen. Die OECD hat Ertragsindikatoren gebildet, die sie in vergleichenden Rangfolgelisten nach Ländern ordnet – ranking und benchmarking genannt. Lehrpläne und Inhalte treten in den Hintergrund. Dem PISA-Test liegt das anglo-amerikanische Bildungskonzept der Grundbildung (literacy) zugrunde, der die Anwendungskompetenz in einigen Basisbereichen vergleicht, also nicht die ganze Breite des Bildungsprozesses. Soziale, politisch – historische und musisch – sportliche Kompetenzen waren nicht gefragt.

Die OECD geht vom Konzept des Humankapitals aus, allerdings reduziert auf die von dem Einzelnen erworbene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse, die

für neue Produkte nutzbar sind. So stellt die OECD Berechnungen an, wie sich das investierte Kapital verzinst. Für die Sekundarstufe II kommt die OECD für die BRD so auf 5,6%, während sie für Frankreich dort 14,1% und für Portugal 32,8% Verzinsung errechnet hat. Dabei befindet sich die OECD in Übereinstimmung mit der Weltbank. Sie bemüht sich seit langem, die Staatsquote (also den vom Staat und den Sozialkassen beeinflussten Teil der Wirtschaftstätigkeit) zu senken. Dafür sollen die privaten Aufwendungen für die Daseinsvorsorge erhöht werden, wozu Privatisierung, Dezentralisierung, Marktwett-



bewerb und der Einsatz von profitorientiertem Privatkapital erfolgen soll. Dazu wurden im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) neue Verhandlungen über Abkommen begonnen. Beispiele: „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS) – wozu Bildung zählt – oder der „Handel mit Patenten und geistig-kulturellem Eigentum“ (TRIPS). Bildung, Wasser, Gesundheit, Naturschutz – werden als Ware bezeichnet, die frei gehandelt werden soll. Diese Bereiche sollen deshalb nicht mehr staatlich reglementiert werden. Der Staat soll sich allenfalls auf Grundversorgung, Grundbildung beschränken.

Wettbewerb und Marktlogik ersetzen gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Die neoliberale Ideologie besagt, dass Marktkonkurrenz die bessere Versorgung bietet. Regelmäßig veröffentlichte Ranglisten der Länder treiben diese zum Standortwettbewerb, weil die Regierungen bemüht sind, die Faktoren für den nächsten Vergleich zu verbessern – mit Hilfe der Öffentlichkeit üben diese Rankings und Benchmarking-Listen sanften Druck aus. Und das sollen sie auch: „Normsetzende Vergleiche“ nennen WTO, OECD und die EU diese Regierungstechnik. Statt harter Vereinheitlichung durch Verordnung oder Rechtsangleichung wird mit offener Koordination mittels Indikatoren für bestimmte Problemfelder regiert, was flexibel genug ist und scheinbar als Sachzwang einher kommt. Seit dem Lissaboner EU-Gipfel ist das offizielle EU-Politik. PISA ist ein solches Beispiel und lässt sich hier einordnen. PISA zeigt auch eindeutig, dass die vielerorts als Allheilmittel verkauften Rezepte, die Schulen auch ökonomisch und personell autonom zu machen, sie einem Wettbewerb und Ranking auszusetzen und zu privatisieren oder teilzuprivatisieren, keinen Einfluss auf gute Schulleistungen haben. Zwar sind solche Länder, die diese Elemente in ihrer Bildungspolitik in den letzten Jahren wirklich haben, im Leistungsergebnis besser als die BRD, das aber um den Preis der schärferen sozialen Spaltung.

Erste Schlussfolgerungen

Obwohl zwischen den beteiligten Regierungen und der OECD eine Übereinstimmung darin besteht, durch solche normsetzenden Vergleiche die nationalen Bildungssysteme im Sinne optimaler Kapitalverwertung zu untersuchen, haben die schlechten Ergebnisse des deutschen Bildungssystems für viele wie ein Schock gewirkt. Es ist im Interesse des Kapitals ineffektiv, produziert nicht genug Qualität und ist hoch risikobehaftet, weil es sozialen Sprengstoff erzeugt, wenn es zu stark die soziale Spaltung betreibt. Nun hat überall die Diskussion um Bildungsreformen einen neuen Schub erhalten, wobei einige PISA – sehr willkürlich und selektiv ausgewertet – als Hebel benutzen, ihre Umbaupläne zu forcieren.

Die PDS hat schon lange vor PISA auf die wachsende Ungleichheit und ihre Forcierung durch das Bildungssystem hingewiesen. Sie begrüßt diese neue Welle der Reformdebatte ausdrücklich, gibt sie doch einen guten Resonanzboden für alternative, sozialistische Positionen. Auf der jüngsten 8. Bildungspolitischen Konferenz der PDS in Leipzig (April 2001) hat sie ihre grundlegenden Reformvorstellungen in 15 Punkten zusammengefasst und veröffentlicht.

Die unzureichende Rendite des eingesetzten Kapitals ist allerdings für die PDS nicht die Sorge, die sie umtreibt. Wir sind in Sorge um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen und die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie ist so reich, dass sie eigentlich alle optimal fördern und entwickeln und reale Chancengleichheit herstellen könnte – auf der Basis einer breiten Teilhabe an Bildung für alle!

Das kann allerdings nicht nur durch eine Bildungsreform alleine erreicht und garantiert werden. PISA hat die Wirkungsmächtigkeit der sozialen Lage der Familien für Bildung noch einmal gezeigt. Bildung ist also primär eine soziale Frage. Also muss die gesamte Gesellschaftspolitik an den Interessen aller ausgerichtet werden – nicht nur an denen der Reichen und denen des großen Kapitals. Das verlangen die Prinzipien des demokratischen Sozialstaats, der ausnicht abgebaut gehört! Wenn alles zur Ware wird – nun sollen auch Bildung, Gesundheit, Umwelt zur Ware werden, die frei gehandelt wird – dann bleiben eben die auf der Strecke, die sich diese nicht kaufen können.

Eine breite Daseinsvorsorge für alle muss und kann in der reichen BRD hergestellt werden. Darum unterstützt die PDS nachdrücklich die Forderung der Bildungsinternationale (dem Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften aus aller Welt), dass Bildung nicht zur Ware werden darf und dass die GATS-Verhandlungen gestoppt werden. Bildung ist ein Grundrecht!

Das von der Bundesbildungsministerin Bulmahn und dem bayerischen Staatsminister Zehetmaier geleitete „Forum Bildung“ hat in zweijähriger intensiver Arbeit umfassende Vorschläge für eine Bildungsreform erarbeitet, die gründlicher Auswertung und Verarbeitung bedürfen. Sie sind viel aussagekräftiger und konkreter als die abschließenden „12 Empfehlungen“. Diese greifen erheblich zu kurz: Systematische Vorschulerziehung ist gut und notwendig, aber sie muss kostenlos für alle sein. Freizeiteinrichtungen mit Bildungsanspruch gehören zum Lernumfeld. Systematisches lebenslanges Lernen (Weiterbildung) darf nicht nur postuliert, sie muss jedem offen stehen! Frühes Fremdsprachenlernen und Öffnung der Schulen für das Leben – das ist die Frage nach den Bildungsinhalten. Dazu gehört aber auch, dass mehr staatlichen Geldern in das

Bildungswesen investiert werden, dass Bildung als Investition für die wissensgestützte Gesellschaft begriffen wird. Die teure und unsoziale Dreigliedrigkeit und Auslese im Bildungssystem muss überwunden werden, denn sie geht von der Fiktion aus, dass in homogenen Lerngruppen besser gelernt werden kann. PISA zeigt das Gegenteil.

Obwohl PISA nur Teilbereiche des Bildungsprozesses abgetestet hat, zeigen die Ergebnisse doch, wie marode unser Bildungssystem ist. Mit Teilreformen ist es nicht getan. Ausgehend von einem umfassenden, humanistischen und emanzipativen Bildungsverständnis wird die PDS in der Diskussion diese Frage als Ausgangspunkt forcieren: Was sollen, was müssen die Kinder und Jugendlichen heute für das 21. Jahrhundert lernen? Denn wir haben die Vision, dass alle Individuen allseits entwickelt und gefördert werden können, dass alle gute und hohe Leistungen erreichen können und dass Mit- und Selbstbestimmung gelernt werden kann. Diese Emanzipation entwickelt die Demokratie. Und wie kann das am besten erreicht werden – anknüpfend an Erfahrungen in anderen Ländern? Das bestehende deutsche Schulsystem ist nicht verteidigungswert, es ist historisch überholt und bedarf deshalb grundlegender Umgestaltung:

- Deutschland braucht ein Bildungswesen, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten gewährleistet. Jeder – also auch die Kinder aus sozial benachteiligten Schichten, Kinder nicht-deutscher Herkunft, Kinder mit Behinderungen – muss seinen Anspruch auf Bildung bis hin zur Berufs- und Hochschulbildung wahrnehmen können.

- Deutschland braucht – wie viele andere im PISA-Vergleich erfolgreiche Länder – ein integriertes Schulsystem, mit dem das Sortieren der Kinder nach Schultypen endgültig überwunden wird.

- Deutschland braucht die „Eine Schule für alle“, in der die SchülerInnen vom ersten Schuljahr an möglichst bis zum Abschluss der Pflichtschulzeit gemeinsam lernen und eine solide und moderne Allgemeinbildung erwerben, und in der die individuelle Förderung eines jeden jungen Menschen gewährleistet ist.

- Deutschland braucht flächendeckende Kindergärten, die Betreuungs- und Bildungsaufgaben miteinander verbinden und so den drei- bis sechsjährigen Kindern gleiche Startbedingungen für den Schulbesuch ermöglichen.

- In Deutschland muss durchgesetzt werden, dass alle jungen Menschen einen Beruf erlernen und berufliche Erst Erfahrungen sammeln können.

- In Deutschland müssen mehr junge Menschen – vor allem aus sozial benachteiligten Schichten – ein Hochschulstudium aufnehmen!

- Deutschland braucht eine Reform der Lehreraus- und -weiterbildung, die eine umfassende – vor allem auch pädagogische – Ausbildung beinhaltet.

gogische, psychologische, didaktische und methodische – Vorbereitung auf die berufliche Tätigkeit zum Gegenstand

hat. Nicht nur LehrerInnen, sondern auch ErzieherInnen brauchen eine Hochschul- ausbildung!

• Und nicht zuletzt: Aus dem Anspruch auf Bildung für alle ergibt sich: Bildung muss – angefangen vom Kindergarten über die allgemeinbildende Schule bis zur beruflichen und Hochschulbildung – unentgeltlich sein!

Dies ist z. T. schon Praxis in anderen Ländern mit vergleichbaren gesellschaftlichen Bedingungen, die aber im Gegensatz zur BRD nicht den einzelnen Menschen aus den Augen verlieren. Beim Suchen nach praktikablen Beispielen soll daran erinnert werden, dass einiges, was jetzt gefordert und diskutiert wird, bereits in der DDR bestand.

Was also ist jetzt erforderlich?

- Für individuelle Förderung, auch der Immigrantenkinder, gegen verschärften Auslesedruck!

- Für einen größeren inhaltlichen Spielraum der einzelnen Schulgemeinde, gegen Schulkonkurrenz, (Teil)Privatisierung, Rückzug des Staates aus Verantwortung und Finanzierung, wie es neoliberale Ideologie predigt und herrschendes Konzept ist!

- Für mehr und besser ausgebildete Lehrer, gegen überfüllte Klassen und massenhafte Schulschließungen!

- Für ein einheitliches, integrierendes Schulsystem, gegen verschärfte Auslese!

- Für systematische vor- schulische Erziehung in kostenlosen Kitas, gegen hohe Elternbeiträge und Kita-Cards!

- Nicht Flickschusterei à la Kultusministerkonferenz oder Privatisierung à la Arbeitgeberverband – sondern umfassende Wahrnehmung der Verantwortung der Bundesregierung, der Landesregierungen und Kommunen für das Bildungswesen und für genügend Geld, diese Verantwortung auch wahrnehmen zu können!

- Gemeinsames Eintreten gegen die wachsende Ungleichheit im Zugang und in der Teilhabe an Bildung und für gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle!

Das ist jetzt angesagt! Das sind für die PDS die ersten Lehren aus PISA!

PDS Arbeitsgemeinschaft Bildungspolitik beim Parteivorstand, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel.: 030/24009562, Fax: 030/2411096, E – mail: gerd.buddin@pds-online.de



Der partizipative Haushalt und die Demokratie

Von einem der drei Bürgermeister der Stadt Porto Alegre, Raul Pont, die die Partei der Werktätigen (PT) seit 1990 in dieser Stadt stellte, stammt die Feststellung, dass die Hegemonie des Neoliberalismus spürbare Folgen für die Begründung des Modells der Mondialisierung des Finanzkapitals hatte und von allen Ideologen als der einzige Weg beschrieben wurde, den alle Welt nach dem Ende des Realsozialismus zu gehen habe, einen Weg der Deregulierung der Märkte, der Privatisierung, des Individualismus und der Schrumpfung des Staates. Selbst linke Intellektuelle und Vertreter linker Parteien wurden davon beeinflusst und bewegte sie zum Verlassen linker Konzepte.

In Brasilien führte die neoliberale Globalisierung (Mondialisierung) zur Vertiefung der Abhängigkeit des Landes und zu seiner Unterordnung unter das Diktat des Weltmarktes. Eine Verschärfung der sozialen Gegensätze war die Folge: wachsende Arbeitslosenzahlen, Landflucht und Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung. Besondere Folgen hatte die Landflucht für die urbanen Zentren (Arbeitslosigkeit bis zu 20%, fehlende Infrastruktur, Grad der Regierbarkeit etc.)

Der Wahlsieg der PT im Jahre 1989 brachte zum ersten Mal einen PT-Bürgermeister an die Spitze der Stadt. Eine Alternative zum Bisherigen war gefragt. Es mussten Arbeitsplätze geschaffen und der Kampf gegen die Verschuldung der Stadt geführt werden. Die PT war die erste Partei in diesem brasilianischen Bundesstaat, die entschlossen an die Verwirklichung eines politischen Projektes ging, das eine bedeutende Wende in der Beziehung Staat-Bürger brachte.

Sozialisierung der Politik

Mit der Erarbeitung des „Wirtschaftlichen Entwicklungsplanes der Stadt Porto Alegre“ wurde die Grundlage für ein neues Herangehen an die Lösung sozialer Probleme gelegt. Es entstand das „Orcamento Participativo“ oder – wie es üblicherweise im Deutschen genannt wird – der „partizipative Haushalt“. Es war eine lokale Antwort auf die Herausforderungen, der sich die neue Stadtverwaltung gegenüber sah. Es wurde der Versuch unternommen, die Politik zu sozialisieren. Neben der Exekutive und Legislative entstand in mühevoller Arbeit eine andere Art von Vertretung der Bevölkerung. Mit der Schaffung von Nachbarschafts- und Volksräten entwickelte sich eine neue Art „Administration“, die nicht als Anhängsel der repräsentativen Demokratie gedacht ist, sondern ihr entgegensteht, sie kontrolliert und in der der Bürger eine eigene Stimme hat. Es wurde ein neues Entscheidungszentrum ge-

schaffen.

Mit der Einführung des partizipativen Haushalts wurde ein neuer Handlungsraum für den Bürger eröffnet, der es ihm gestattet, sein unmittelbares demokratisches Recht wahrzunehmen. Der neue Handlungsraum eröffnet den Bürger die Möglichkeit, direkt über den Charakter und die Möglichkeit von Investitionen öffentlicher Mittel zu entscheiden und Einfluss auf eine Umverteilung des Gewinns zu nehmen. Aber die Verteilung des Gewinns ohne Sozialisierung der Politik ist zu wenig, wie auch die Sozialisierung der Politik, ohne den Gewinn anzutasten, nicht ausreicht. Es wäre eine Verlängerung der formalen Demokratie, wenn mit der Einführung des partizipativen Haushalts nicht auch der Charakter des Staates verändert würde.

Öffnung eines Weges

Das partizipative Haushaltsinstrument in Porto Alegre ist nicht perfekt. Was entscheidend ist, ist die Öffnung eines Weges. Es ist ein Weg, der immer wieder korrigiert werden muss und auf welchem immer wieder neue Erfahrungen gesammelt werden. Die Erfahrungen, die in diesem Falle gesammelt werden, sind lokalen Charakters.

Aber nicht nur die Öffnung eines neuen Weges oder Handlungsspielraumes für den Bürger ist von Bedeutung. Die Volksräte, die in verschiedenen Regionen der Stadt und des Staates eingerichtet werden, sind ein Instrument der Bildung und der Reproduktion einer unabhängigen öffentlichen Meinung. In den Gemeinden wird mit der direkten Ausübung der politischen Handlung ein kritischer Geist gegenüber der Legislative und Exekutive geschaffen, der die privilegierten Klassen daran hindert, die kommunale Macht auszuüben. Mit der Demokratisierung der Entscheidungen und der Demokratisierung der Information über öffentliche Fragen, vor allem in Sachen Haushalt, wird über die Teilnahme an der Gestaltung des Haushaltes ein neues Bürgerbewusstsein geschaffen. Dieser freie Handlungsraum ist die Voraussetzung dafür, dass ein neuer Bürgertyp heranwächst.

In gewisser Weise wird im Rahmen der traditionellen Doktrin der Volkssouveränität, in dem der Bürger nur einmal in vier oder fünf Jahren Mandate erteilt, die Teilnahmen des Bürgers stark eingeschränkt. Eine radikale Demokratisierung der Demokratie wird nur über Mechanismen erreicht, die den Bürger zur aktiven Ausübung seiner demokratischen Rechte führen. Neue Mechanismen müssen entstehen, die den Interessen der übergroßen Mehrheit der Menschen entsprechen.

Die Erfahrung von Porto Alegre ist

nicht die totale Lösung des Problems, von dem Marx als die „Emanzipation des Individuums“ spricht, es ist aber ganz sicher eine positive Erfahrung für die lokale, kommunale Machtausübung. Wenn seit 1998 diese Erfahrung auch auf den gesamten Bundesstaat Rio Grande do Sul mit dem PT-Gouverneur Olívio Dutra übertragen wurde, so kann sie eine universellere Form der Leitung des Staates und die Schaffung eines neuen Staatentyps werden, in dem die traditionelle Form der repräsentativen Demokratie (periodische Wahlen) mit dieser direkten, freiwilligen, partizipativen Form der Demokratie kombiniert wird.

Der Planungsprozess des Staatshaushaltes läuft in drei Stufen ab:

In einer ersten Runde (Monat März) werden die Ergebnisse des letzten Jahres diskutiert. Dazu finden thematische und Regionalversammlungen statt. Gleichzeitig werden in den Volksversammlungen, an denen sich jeder Bürger unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit etc. beteiligen kann, Vertreter für das kommende Jahr gewählt. In einer Zwischenrunde (Monate März bis Juni) erfolgt eine öffentliche Diskussion zu Zielen und Prioritäten. Mit einem ausgeklügelten System der Bewertung der Prioritäten, der territorialen Aufteilung, der örtlichen Erfordernisse und bestimmter überregionaler Pläne bestimmen die Bürgerversammlungen den Inhalt der zu gestaltenden Haushaltsplanung. Diese wird von den Verwaltungen, entsprechend den Orientierungen, in den Monaten Juni/Juli vorgelegt.

Der in Phasen ablaufende Prozess widerspiegelt sowohl die Bedarfsermittlung wie auch die Interessenabwägung. Bürger und Verwaltung nehmen gleichzeitig eine Ressourcenprüfung vor, sodass die Entscheidung zu den Planungen schließlich in Form einer allgemein akzeptierten Kompromisses vorliegt.

Die Verabschiedung des Haushaltes erfolgt dann im November, dem die Bestätigung durch den gewählten Bürgerrat vorausgeht.

Zum Prozess einigen Zahlen:

1999 beteiligten sich 188.500 Bürger, im Jahr 2000 schon 281.000 und im Jahr 2001 stieg die Beteiligung auf 378.300 Bürger an (im Bundesstaat Rio Grande do Sul leben ca. 3 Mio. Menschen). In den gleichen Jahren wurden als Vertreter gewählt: 8.500, 14.000 und zuletzt 18.600. Dazu wurden in den einzelnen Jahren 644, 670 bzw. 735 Versammlungen durchgeführt.

Das Weltsozialforum ging eben gerade aus diesem Grunde nach Porto Alegre, weil dort partizipative Demokratie, von einer linken Partei eingeleitet, praktiziert wird.

abe

Wieder erschienen

Studie zu Soziale Milieus

Nachdem es einige Jahre nicht mehr im Buchhandel erhältlich war, ist jetzt eine überarbeitete Neuauflage der Studie von Michael Vester und anderen zu sozialen Milieus in der Bundesrepublik Deutschland erschienen. Die erste Auflage erschien 1993 und beschränkte sich auf die Darstellung der alten Bundesländer; in der neuen sind auch die östlichen Bundesländer enthalten. Wir veröffentlichen die Rezension, die auf der Homepage der Uni Hannover zu finden ist.

(www.soz.uni-hannover.de/ipol/Vester.html)

Das Buch behandelt die heutigen Umbrüche der Gesellschaftsstrukturen und Mentalitäten. Es beruht auf einer umfassenden und für heute aktualisierten empirischen und theoretischen Grundlagenforschung. Daraus entwickelt es ein neuartiges und sehr differenziertes Gesamtbild der Gesellschaft und ihrer inneren Spannungen, das die früheren hannoverschen Untersuchungen zum sozialen Milieu- und Strukturwandel auf einen neuen Stand bringt. Das Buch ist einerseits als Grundlagen- und Lehrbuch geeignet. Andererseits greift es in die politischen Kontroversen um soziale Gerechtigkeit ein. Rechtfertigten postmaterialistischer Wertewandel und Individualisierung ein höheres Maß an sozialer Ungleichheit? Oder erfordern neue soziale Ausgrenzungen eine verstärkte staatliche Fürsorge- und Integrationspolitik? – Das Buch belegt mit vielfältigen Umfragedaten, dass diese beiden Alternativen nur von Minderheiten gefordert werden. Die große Mehrheit der Milieus liegt quer dazu. Sie wünscht eine Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, die gegenseitige Solidarität und individuelle Selbstbestimmung miteinander kombiniert und nicht gegeneinander ausspielt.

Die erste Besonderheit der Untersuchungen liegt in der sonst unüblichen Verknüpfung qualitativer und quantitativer Methoden der Sozialforschung, die für die Analyse von typologischen Feldern eigens weiterentwickelt wurden. Die intensiven Befragungen in ausgewählten Regionen haben nicht nur die Angehörigen der neuen Milieus, sondern, zur Feststellung des Wandels, auch ihre Eltern einbezogen. Gleichzeitig wurden der Wandel der Berufsverhältnisse, der Mentalitäten, des sozialen Zusammenhalts und der politischen Grundeinstellungen auch repräsentativ für die Gesamtbevölkerung erfragt. Dies ermöglichte erstmals eine nationale Typenbildung, die inzwischen auch Ostdeutschland einschließt. Die zweite Besonderheit liegt darin, dass der gewonnene Reichtum an Material und Einsichten auch übersichtlich in Typologien und Landkarten geordnet werden konnte. Ermöglicht

wurde dies durch den innovativen Forschungsansatz Pierre Bourdieus, der Theorie und Empirie nicht mehr als Gegensätze auffasst. Bourdieu bricht mit dem ideologischen Bild einer nur vertikalen Gliederung der Gesellschaft und entwickelt das realitätsnahe Bild eines in Bewegung befindlichen mehrdimensionalen sozialen Raums. Darin können komplexe Zusammenhänge als übersichtliches Beziehungsfeld und auch in „Landkarten“ (vgl. S. 46-59) dargestellt werden.

Die Innovationen Bourdieus ermöglichen einen Paradigmenwechsel. Im Nachhinein können die großen Kontroversen über das Ende der Klassegesellschaft, die seit dem Zweiten Weltkrieg geführt wurden, neu bewertet (Kapitel 4) und die Grundzüge einer relationalen Klassentheorie entwickelt werden, die verschiedene Beziehungsebenen wie Kräftefelder miteinander in Verbindung bringt (Kapitel 5). Die vielfältigen Dimensionen des Felds können schließlich in ein methodologisches Achsenmodell übersetzt werden, das die soziale Komplexität durch Daten und durch Raumbilder darstellbar macht (Kapitel 6). Die Frage, ob die materielle Lage das soziale Bewusstsein prägt oder umgekehrt, erweist sich als Scheinproblem. Es bestätigt sich, was schon für die klassische Klassentheorie, nicht zuletzt Max Weber und Joseph Schumpeter, eine Selbstverständlichkeit war: dass die soziale Ungleichheit auf der ökonomischen Ungleichheit aufruht, aber ein eigenständiges soziokulturelles Phänomen ist, das sich in den Beziehungen des Alltagslebens ausdrückt. Der Wandel der Milieus und auch die „Individualisierung“ wird danach auch von den Milieus selbst hervorgebracht, und zwar durch den Generationenwechsel. Die Milieutraditionen haben eine *longue durée*: sie fächern sich wie Familienstammbäume immer weiter auf. Die modernen Milieus sind somit die Nachfahren der historischen Stände, Klassen und Schichten.

Die sozialen Milieus als Typen der Lebensführung lösen sich keineswegs einerseits in eine Spaßgesellschaft oder andererseits in eine neue Verelendungstendenz auf. Was erodiert, sind die sozialmoralischen Hegemonien oder Leitfunktionen bestimmter Parteien und Fraktionen der Intellektuellen über ihre Anhänger in den gesellschaftspolitischen Lagern. Daher haben wir auch heute keine Krise der Milieus (als Folge des Wertewandels), sondern eine Krise der politischen Repräsentation (als Folge einer zunehmenden Entfremdung zwischen Eliten und Milieus). Insbesondere große Teile der Mitte sind überzeugt, dass schmale Gewinnergruppen durch die Modernisierungen privilegiert sind, während sie selbst durch verschiedene Formen sozialer Ungerechtigkeit und verunsicherter Arbeits- und Lebensperspektiven die Risiken tragen und daher zweifeln, ob Leistung sich noch lohnt.

Die These, dass die alte Klassengesellschaft sich aufgelöst habe und dass die sozialen Zusammenhänge nun von den Individuen in freien Schöpfungsakten autonom konstruiert würden, erscheint als eine späte Strafe für die Sünden des vulgärmaterialistischen Determinismus, der bei den orthodoxen Marxisten der siebziger Jahre zeitweilig wiederaufgelebt war. Die neuen Modetheorien drehen die alten Mythologien, die die Menschen in ökonomische Schubladen einteilen, welche ihnen angeblich ihr kollektives Handeln vorschreiben, im Grunde nur um. Sie pendeln ins andere Extrem.

Hinweis zur Lektüre: Das Buch ist so gegliedert, dass es auch auswählend, wie ein Handbuch, gelesen werden kann. – Das einleitende Kapitel enthält eine Zusammenfassung der Grundgedanken. Das zweite Kapitel fasst die Ergebnisse mit Hilfe von Übersichten und Raumbildern zusammen, auch erstmals im internationalen Vergleich. Das dritte Kapitel wendet die Ergebnisse auf das Sozialmodell der Bundesrepublik bis hin zu seiner gegenwärtigen Krise an. Die Typologien der westdeutschen und der ostdeutschen Milieus befinden sich am Schluss. Das Buch ist, gegenüber der ersten Auflage von 1993 im Bund Verlag, vollständig überarbeitet, erweitert und aktualisiert; die Kapitel 1-6 sowie 13-14 sind neu hinzugekommen.

Zielgruppen: Aktive Vermittlerinnen und Vermittler in sozialen Initiativen und Bewegungen, in Gewerkschaften, Kirchen, Bildungseinrichtungen, Medien und Politik; Studierende, Oberstufen höherer Schulen; Angehörige sozial-, kultur- und erziehungswissenschaftlicher Berufe.

Autoren und Autorin: Michael Vester, geb. 1939 in Berlin, Prof. für politische Soziologie in Hannover; Peter von Oertzen, geb. 1924 in Frankfurt am Main, Professor der Politischen Wissenschaft und sozialdemokratischer Bildungs- und Gesellschaftspolitiker im Ruhestand; Heiko Geiling, geb. 1952 in Varel, Professor für politische Wissenschaft in Hannover; Thomas Hermann, geb. 1958 in Hannover, Mitarbeiter im Niedersächsischen Sozialministerium; Dagmar Müller, geb. 1961, Wiss. Mitarbeiterin an der Universität Mainz.



Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann, Dagmar Müller, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1312, Frankfurt a. M. 2001; 594 Seiten, 66 Abbil-

dungen;
ISBN 3-518-28912-8; 15 Euro

30. März – 1. April, bundesweit: *Ostermärsche*

13./14. April, Marburg: Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hörsaal H der Philosophischen Fakultät, Wilhelm-Röpke-Str. 6, Tagung über Bilanz und Perspektiven rot-grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik, u.a. mit Margit Schratzenstaller, Kai Eicker-Wolf, Hans-Ulrich Deppe, Nora Fuhrmann, Christoph Butterwegge. Infos/Anmeldung: Forschungsgruppe Politische Ökonomie, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Str. 6, Zi. D1, 35032 Marburg, Tel. 06421/282 54 29, sozialpolitik@fgpoloek.de, www.fgpoloek.de

21. April, Sachsen-Anhalt: Landtagswahlen

5. Mai, europaweit: Unter dem Motto „*Gleichstellung – aber richtig!*“ setzt sich am diesjährigen Europäischen Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen um den 5. Mai herum ein breites Bündnis von Behindertenorganisationen mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen für die Verabschiedung und konsequente Umsetzung von Gleichstellungsbestimmungen ein. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Verabschiedung und Umsetzung von Beschlüssen für barrierefreie Städte und Gemeinden gelegt werden.

19. bis 26. Mai, Athen: Konferenz des Europäischen Friedensforums: *Für eine europäische Friedensordnung – Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO* (Arbeitstitel)

22. Mai, Berlin: *Großdemonstration gegen den Bush-Besuch*

24./25. Mai, Köln: *Kommen und bleiben – Migration und interkulturelles Leben in Deutschland.* Eine Konferenz der RL-Stiftung

27.-31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

8. Juni, Frankfurt: *Alternativen braucht das Land – Opposition gegen falsche Politik.* Frankfurt a.M., Fachhochschule, Nibelungenplatz 1, Konferenz der Initiative für einen Politikwechsel zur Bilanz der Regierungspolitik und Alternativen, u.a. mit Norman Paech, Arno Klönne, Karl Georg Zinn, Peter Struynski, Richard Detje, Brigitte Stolz-Willig, Wolfram Burkhardt, Daniel Kreutz, Oliver Moldenhauer, Joachim Spangenberg

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: *4. Europäischer Kongress für Friedenszerziehung.* Veranstalter: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden. Demnächst mehr.

16.-18. Juni, Frankfurt/M.: *CDU-Parteitag*

25.-28. Juli: *Linke Sommerschule*, Termin bitte vormerken

30. August bis 1. September: Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“. Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

Einladung zur 3. Internationalen Gewerkschafterkonferenz am 1. und 2. Juni 2002 in Athen/Griechenland

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere erste Konferenz, die im Mai 1999 in Ören/Türkei stattgefunden hat, war ein erster Schritt zur Koordinierung von kämpferischen Kräften in der Gewerkschaftsbewegung. Das Ziel dieser Initiative war und ist, eine Diskussion über die Lage der Arbeiterklasse in Europa und auf der ganzen Welt zu führen, Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals zu leisten und die Rechte der Werktätigen zu verteidigen.

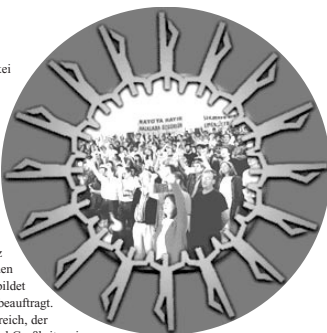
Diese Intention wurde auch von den rund 200 GewerkschafterInnen verfolgt, die an der 2. Konferenz im September 2000 in Annecy/Frankreich teilgenommen haben. Dort wurde auch ein Koordinationskomitee gebildet und mit der Vorbereitung der diesjährigen Konferenz beauftragt. Es setzt sich aus GewerkschaftskollegInnen aus Frankreich, der Türkei, Italien, Griechenland, Belgien, Deutschland und Großbritannien zusammen.

Die 3. Internationale Gewerkschafterkonferenz wird nun in der griechischen Hauptstadt Athen stattfinden. Die Vorbereitungen fallen in eine Zeit, die unter dem Zeichen des Krieges steht. In diesem Krieg, der unter der Überschrift „Kampf gegen internationalen Terrorismus“ geführt wird, geht es tatsächlich um die Kontrolle über die Transportwege für Erdgas und Erdöl und er wird genutzt um demokratische Rechte und Freiheiten abzubauen, den abhängig Beschäftigten und den armen Ländern neue Lasten aufzubürden und die Spaltung nach religiöser und nationaler Herkunft zu vertiefen. Die USA und die EU sowie andere Regierungen der sogenannten Antiterror-Koalition führen einen imperialistischen Krieg, den die Arbeiterbewegung an den Pranger stellen und stoppen muss.

Die europäischen Regierungen vereinbaren im Einklang mit Konzernleitungen immer neue Maßnahmen, die dazu dienen sollen, die Profite zu steigern, um die kapitalistische Krise zu überwinden und die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen weiter verschlechtern. Massenarbeitslosigkeit, wachsende Polarisierung von Armut und Reichtum, Privatisierungen von Rente, Gesundheitsversorgung und Bildung, Verschärfung von Polizei- und Staatsgewalt, die Ausplünderung der Umwelt und ähnliche Entwicklungen erfordern unseren Widerstand.

Unter diesen Bedingungen gibt es in der Gewerkschaftsbewegung zwei unterschiedliche Strömungen. Auf der einen Seite die Linie, die in vielen Gewerkschaftsführungen vorherrscht und die darauf orientiert, sich den sogenannten Sachzwängen zu fügen, Kompromisse ohne Kampf einzugehen und unter dem Deckmantel der Sozialpartnerschaft oder in korporatistischen „Bündnissen“ mit den ArbeitgeberInnen Verzicht zu üben.

Auf der anderen Seite gibt es die Linie des Klassenkampfes, der konsequenten Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, der wir uns – unabhängig von nationaler oder religiöser Herkunft – verbunden fühlen. Wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist mit klaren Positionen und lebendigen Aktionsformen Menschen zu mobilisieren und die Gewerkschaftsbewegung zu stärken. Dabei sind Bündnisse z.B. mit Kleinbauern oder fortschrittlichen Intellektuellen und vor allem die internationale Solidarität und Zusammenarbeit unverzichtbar.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten nun in diesem Sinne engagierte GewerkschafterInnen zu der 3. Internationalen Gewerkschafterkonferenz einladen, bei der die folgenden Themen im Mittelpunkt stehen werden:

1. Lage der Gewerkschaftsbewegung und die Verantwortung der klassenbewussten GewerkschafterInnen in Europa
2. Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in Europa
3. Kampf gegen die Spirale der Gewalt und gegen den imperialistischen Krieg, der unter dem Namen "Kampf gegen Terror" geführt wird.

Auf der Konferenz wollen wir über die Perspektiven des gemeinsamen Kampfes der kämpferischen Gewerkschaftskräfte in Europa diskutieren und – in einem offenen und demokratischen Prozess – gemeinsame Positionen erarbeiten.

Die Konferenz findet am Samstag, 1. Juni und am Sonntag, 2. Juni 2002 in Athen statt.

(Die Teilnahmegebühren – incl. Unterkunft und Verpflegung – betragen 100,- US-Dollar pro Person und müssen zusammen mit den Reisekosten, jeweils selbst übernommen werden.)

Für Anmeldung und weitere Informationen:

Griechenland: PAME Tel.: 00301 3305219, Fax.: 00301 3802864, e-mail: pame@hol.gr
Deutschland: Sabine Leidig, e-mail: sabine.leidig@dgk.de, Tel.: 0049 721 931210, Fax: 0049 721 9312130
 DIDF, Hüseyin Avşar, Tel.: 0221 / 9255493 Fax: 0049 221 9255495, email: didf@didf.de
Türkei: TUMTIS, Sabri Topcu, Tel.: 0090 / 212 5300243 Fax: 0090 212 5882620
Italien: RdCUB, Emidia Papi, Tel.: 0039 0670453497, Fax: 0039 067003832, e-mail: federazione@rdcub.it
Frankreich: Roger Nadaud, Tel/Fax: 0033 1 46288018
Belgien: Bob Roeck, e-mail: bob.roeck@brutele.be
England: Stephan Halley, Tel.: 0044 7950 745141, e-mail: info@daymer.org

Koordinationskomitee
 Athen, 19.11.2001

Anmeldung.....

Hiermit melde ich mich für die 3. Internationale Gewerkschafterkonferenz am 1. und 2. Juni 2002 in Athen/Griechenland

Name:
 Vorname:
 Anschrift:
 Tel/Fax:
 Gewerkschaft:

- ☐ Ich kann nicht teilnehmen aber ich unterstütze den Aufruf.
☐ Ich möchte weitere Informationen.
☐ Ich möchte am dem Vorbereitungstreffen teilnehmen.

Die Teilnahmegebühren (Unterkunft und Verpflegung) betragen 100,- US-Dollar pro Person.

Sabine Leidig, e-mail: sabine.leidig@dgk.de, Tel.: 0049 721 931210, Fax: 0049 721 9312130
 DIDF, Hüseyin Avşar, Schwalbengasse 42, 50667 Köln
 Tel.: 0221 / 9255493, Fax: 0049 221 9255495, email: didf@didf.de